Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 244. Mittwoch, den 18. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die ersten Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen.

Elsaß-Lothringen steht am Vorabend einer außerordentlich wichtigen Entscheidung. Zum ersten Male sind die Wähler berufen, selbst über die Zusammensetzung des Landesparlaments zu entscheiden. Hat auch die vom Reichstag beschlossene Verfassungsreform die Forderungen des elsaß-lothringischen Volkes in keiner Weise erfüllt, wurde ihm auch die Selbständigkeit versagt, so ist doch in der Gewährung eines bis zum gewissen Grad allgemeinen und gleichen Wahlrechts ein Fortschritt zu erblicken. Durch die Verfassungsreform ist auch der Schwerpunkt der elsaß-lothringischen Gesetzgebung von Berlin nach Straßburg verlegt, das ganze politische Leben Elsaß-Lothringens wird sich künftighin in der Zweiten Kammer kristallisieren. Gelingt es, eine fortschrittlich und einigermaßen freiheitlich gerichtete Mehrheit zusammenzubekommen, gelingt es vor allen Dingen, eine starke sozialdemokratische Fraktion zu bilden, dann wird es endlich möglich sein, die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens so dringend notwendigen Reformen durchzuführen.

Die Sozialdemokratie hat ein Aktionsprogramm auf ihrer diesjährigen Landesversammlung beschlossen. Dasselbe ist in der jetzigen Wahlperiode von der Bevölkerung recht günstig aufgenommen worden.

Die von seiten der bürgerlichen Parteien versuchte Agitation kam über ein paar schüchterne Anläufe nicht hinaus. Die Programme der Gegner lassen wie gewöhnlich recht viel an Klarheit und Präzision vermissen. Die Liberalen hatten nicht einmal den Mut, sich zur Forderung der Simultanschule frei und offen zu bekennen; von einer Trennung von Kirche und Staat, von Kirche und Schule wagen sie gar nicht zu reden. Das Zentrum allerdings proklamiert mit alter Forschheit das Recht der Kirche über die Schule. Dagegen sind Zentrümler wie Liberale eifrigst bemüht, ihre wahren Absichten in bezug auf Steuerreform und Sozialpolitik hinter ein paar schön klingenden Phrasen zu verbergen. Etwas weiter geht das Programm der Demokraten, das sich sogar zur Republik bekennt und nur in puncto Sozialpolitik merklich hinter dem sozialdemokratischen Programm zurückbleibt. Doch bedeuten die Demokraten hierzulande so wenig, daß sie sich nur mit Unterstützung der Liberalen in den Wahlkampf getrauen. Was das Programm der Nationalbündler anlangt, so ist dasselbe so nichtssagend, daß es seiner Erwähnung überhaupt nicht bedarf.

Der Wahlkampf hat zurzeit seinen Höhepunkt erreicht. Die Sozialdemokratie hat in allen 60 Wahlkreisen des Landes ihre Kandidaten nominiert, wobei allerdings hie und da mit Doppelkandidaturen operiert wird. Zwei allgemeine Flugblätter wurden bereits über das ganze Land verbreitet. Ein drittes Flugblatt, das die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen berücksichtigt, geht am Sonntag ins Land. Tag für Tag finden Versammlungen statt. In die schwärzesten Orte sind unsere Genossen vorgedrungen. Die Stimmung ist im ganzen Lande, trotz aller Verhetzungsversuche der Klerikal-Nationalisten, für uns eine ausgezeichnete. Wir werden auf alle Fälle den Wahlkampf in Ehren bestehen.

Die Tätigkeit unserer Parteigenossen wird jedoch noch übertroffen von der Tätigkeit der Zentrumsleute. In den Städten, wo für sie doch wenig zu holen, tun sie so gut wie gar nichts. Dafür arbeiten aber die Heiligen auf dem Lande mit einem fieberhaften Eifer. Sie wissen, was für sie auf dem Spiel steht. Es gilt für sie, unter allen Umständen die alte klerikal gerichtete Mehrheit des früheren Landesausschusses auch in die zweite Kammer hineinzubugsieren. Diesem wenig löblichen Zwecke opfert das Zentrum auch den letzten seiner sonst so sehr gepriesenen Grundsätze. In jedem Wahlkreise hat es eine andere Taktik. Und die bereits jetzt stark zusammengeschmolzenen Nationalbündler — nicht einmal ein halbes Dutzend Kandidaten haben sie zusammengebracht, und diese segeln noch vielfach unter unabhängiger Flagge — müssen der schwarzen Gesellschaft redlich mithelfen, die öffentliche Meinung zu verwirren.

Zugute kommt dem Zentrum auch die arg verworrene Situation in Lothringen. Die Gefahr besteht allerdings, daß der neue Landtag eine aus Zentrümlern, Nationalisten und klerikalen Lothringern, die sich als „unabhängig“ aufspielen, bestehende Mehrheit aufweisen wird. Diese Gefahr wird dadurch noch vergrößert, daß die Liberalen nur auf Mandate ausgehen. Sie erklären zwar, eine klerikale Mehrheit verhindern zu wollen. Sie arbeiten aber nur dort, wo sie einige Aussicht auf Mandate haben, und das ist in den Städten, wo sie dann der Sozialdemokratie gegenüberstehen. Immerhin steht die Situation so, daß die Bäume des Zentrums auf keinen Fall in den Himmel wachsen. Eine homogene Mehrheit wird es nicht zustande bringen. Und wenn die nächsten acht Tage noch einigermaßen ausgenutzt werden, ist es nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß die linksstehenden Elemente im neuen Landtage die Mehrheit erhalten.

Denn das Zentrum hat außerordentlich an Kredit verloren. Sogar seine bisher getreuesten Truppen, die Winzer, sind ins Wanken geraten. Darum müssen jetzt Religion und Herrgott herhalten; die Sozialdemokraten sind einerseits blutige Revolutionäre, andererseits kaiserliche Regierungstruppen. Kein Mittel wird unversucht gelassen; aber gerade diese Kampfesweise scheint das zentrümliche Debacle vorzubereiten. Allzu scharf macht schartig, auch in der Politik.

Der Raubkrieg.

Bei den Angriffen der Türken auf die italienischen Vorposten bei Tripolis handelte es sich ausschließlich um Deckung türkischer Proviantzüge.

Ein türkischer Soldat, der dem „Messaggero“ zufolge zu den italienischen Vorposten in Tripolis kam und bat, sich ergeben zu dürfen, gab auf die an ihn gerichteten Fragen an, die türkischen Truppen seien sehr erschöpft. Seit acht Tagen habe man den Pferden die Sättel nicht mehr abgenommen. Man könne nicht länger Widerstand leisten; außerdem seien auch die täglichen Rationen herabgesetzt worden. Bald würde man Hunger leiden müssen. Der Soldat schien in der Tat völlig von Kräften zu sein.

Nach dem „Corriere della Sera“ haben 300 türkische Soldaten mit ihren Offizieren die Grenze von Tripolis überschritten und sich beim Schloß Kaser bei Garden an der tunesischen Grenze den französischen Truppen gestellt. Der französische Kommandant ließ sie entwaffnen und suchte bei seiner Regierung die Erlaubnis zur Heimschickung der Türken nach.

Die „Neue Freie Presse“ berichtet unter dem Titel: Bevorstehende maritime Aktionen Italiens im Ägäischen Meer: Die italienische Flotte dürfte in den nächsten Tagen nach dem Ägäischen Meer abgehen. Anzeichen dafür sind die Neutralitätserklärung der Insel Samos durch Italien und Meldungen aus Smyrna über ernste Bedrohung der dortigen italienischen Kolonie. Das ganze erste Geschwader wird im Hafen von Tobruk für eine Aktion im Ägäischen Meer und der Levante bereit gestellt. In Betracht kommt die Besetzung mehrerer Inseln des Archipels und die Blockierung einzelner türkischer Häfen. Gleichzeitig mit der Okkupation der Inseln dürfte die Blockade von Smyrna und anderen kleinasiatischen Häfen erfolgen. Es ist auch mit der Beschießung der Befestigungen von Smyrna zu rechnen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Ouverture.

Der Reichstag der Hottentottenwahlen hat sich zu seiner letzten Tagung versammelt. Wie lange es dauern wird, bis er sich zu seinen Vätern versammelt, steht noch nicht fest. Wie gewöhnlich ging es am ersten Tage nach den Ferien ziemlich friedlich her, wenn auch Schacks Fraktionskollege Raab durch zünftlerisch antisemitische Anrempelungen der organisierten Arbeiterschaft eine Zuchthausgesetzdebatte zu entfesseln suchte. Der Versuch mißlang gründlich und trug dem zurzeit noch den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden vertretenden Herrn eine derbe Abfuhr von seiten des Genossen Schmidt-Berlin ein. Immerhin ein paar Nuancen verständiger als Herr Raab betrug sich sein Fraktionskollege von der christlich-sozialen Couleur Herr Behrens, der zwar auch über angeblichen Gewerkschaftsterrorismus zu zetern sich nicht verkneifen konnte, aber in der Wertung der zum Himmel schreienden Mißstände im Ruhrrevier einigermaßen mit den Ausführungen unseres Genossen Hue übereinstimmte, die, mit packender Beredsamkeit vorgetragen, entschieden den Höhepunkt der Dienstags-Verhandlungen bildeten. Gegen die Annahme des Kommissions-Antrages auf die Überweisung der Petition gegen die Zwangsarbeitsnachweise der Zechenherren zur Erwägung erhob sich denn auch kein Widerspruch. Die Scharfmacher zogen es vor, sich auszuschweigen, da sie Lorbeeren zu ernten keine Aussicht hatten. Auch in bezug auf die Zustände im Hüttengewerbe mußte der Zentrumsabgeordnete Giesberts notgedrungen die Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik anerkennen, die erneut in ausgezeichneter Weise von Hue geübt wurde. Herr Giesberts mußte erklären, daß die Bundesratsverordnung zum Schutze der Hüttenarbeiter ein völliges Fiasko gemacht habe.

Im Laufe einiger Stunden war die nur Petitionen enthaltende Tagesordnung, vor deren Beginn der Präsident der in den Ferien verstorbenen Mitglieder gedachte, erledigt. Am Mittwoch stehen angeblich sämtliche Interpellationen zur Beratung. Aber Tripolis und Marokko haben keine, die Teuerung nur wenig Aussicht gleich heranzukommen, und wahrscheinlich wird man sich über die zahllosen Verletzungen des Reichsvereinsgesetzes unterhalten. So hat auch in letzter Stunde der Seniorenkonvent beschlossen.

Die Marokkofrage im Seniorenkonvent.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat Dienstag zusammen, um über die Geschäfte des Reichstages in allernächster Zeit zu disponieren. Zunächst gab der Präsident eine Erklärung ab, warum er den Reichstag statt am 10. Oktober erst am 17. Oktober einberufen habe. Das sei auf den Wunsch des Reichskanzlers geschehen, der angegeben habe, er wolle bei Beginn des Reichstages über die auswärtige Lage Aufschluß geben, wenn die Verhandlungen über Marokko bis dahin zu Ende gegangen seien. Nun haben sich die Verhandlungen hinausgeschoben und darum habe der Reichskanzler dem Präsidenten ein Schreiben zugehen lassen des Inhalts, daß die Diskussion über die auswärtigen Verhältnisse verschoben werden möchte. Der Präsident habe für die spätere Einberufung des Reichstages den Vorbehalt gemacht, daß dann jedenfalls die Strafprozeßordnung nicht zur Erledigung kommen könne. Der Staatssekretär der Justiz drängt allerdings dahin, daß sie erledigt werde, allein der Seniorenkonvent entscheidet sich dahin, daß der Gesetzentwurf über die Strafprozeßordnung in dem letzten Abschnitt nicht mehr zur Beratung gestellt wird. Der Präsident erklärt weiter, die Regierung habe erklärt, daß die Interpellationen über das Vereinsgesetz und über die Teuerungsverhältnisse beantwortet werden würden. Daraufhin wird festgestellt, daß am 18. Oktober die Interpellation über das Vereinsgesetz auf die Tagesordnung gestellt wird. Nach der Beratung über diese Interpellation soll zunächst das Beamtenversicherungsgesetz in erste Lesung genommen werden und daraufhin erst die Beratung über die Teuerungsinterpellation erfolgen, über weitere Dispositionen soll demnächst der Seniorenkonvent befinden. Der Präsident verlas das Schreiben des Reichskanzlers, nach welchem der Reichskanzler sich wohl bereit erklärt, die Interpellationen über Marokko und die auswärtige Politik zu beantworten, aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet hält, diese Beantwortung jetzt zu geben. Er behält sich danach vor, den Zeitpunkt zu bestimmen, in welchem die Regierung diese Interpellation beantworten werde. Von den Vertretern aller Parteien wurde daraufhin die Besorgnis ausgesprochen, daß eventuell der Reichstag zu Ende gehen könne, ohne daß überhaupt die auswärtige Politik besprochen worden sei. Man kam überein, daß dem Reichstag die Möglichkeit vorbehalten werde, eine Besprechung der auswärtigen Politik durch Stellung eines dahingehenden Initiativantrags vorzunehmen. Der Präsident gab zu, daß der Reichstag dieses Recht besitze und daß, wenn die Regierung diese Interpellation beantworte, dann den Parteien freisteht, dieses Mittel in Anwendung zu bringen. Die Vertreter der Parteien ersuchten den Präsidenten, bei dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Reichstag einig sei in der Auffassung, daß eine Besprechung der auswärtigen Politik unter allen Umständen erfolgen müsse. Der Präsident wird den Reichskanzler dahingehend verständigen. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der Reichskanzler in seiner Erklärung vor dem Reichstag, in der er eine Verschiebung der Besprechung der Interpellation in Anspruch nimmt, gleichzeitig eine Garantie gibt, daß dem Wunsche des Reichstages entsprochen wird. Besonders von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß es eine ganz unhaltbare und unmögliche Situation sein würde, wenn dieser Reichstag ohne jede Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten auseinander gehen würde.

Die Marokko-Interpellation im Reichstag.

So ziemlich alle Parteien haben über die Marokkofrage interpelliert. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bereits in seiner Mittagsausgabe vom Dienstag mitteilen konnte, wird der Reichskanzler zwar die Beantwortung der Interpellationen nicht ablehnen, aber die Erörterung der Angelegenheit vor dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen nicht für zeitgemäß erklären und die Bitte aussprechen, die Verhandlungen auf eine spätere Zeit zu vertagen. Gleichzeitig wird aus München gemeldet, daß die von unseren bayrischen Parteigenossen im bayrischen Landtag gestellte Interpellation, in der die bayrische Regierung gefragt wird, weshalb sie nicht auf Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten

gedungen habe, Ende der Woche zur Verhandlung kommen wird. Der bayrische Ministerpräsident werde eine nähere Auskunft jedoch ablehnen, weil nach einem Übereinkommen zwischen den Regierungen vorläufig auf Einzelheiten in der Marokkofrage nicht eingegangen werden solle.

Noch eine neue Vorlage für den Reichstag.

Unter den Vorlagen, die dem neuen Reichstage zugehen werden, befindet sich die Novelle zum Reichsbeamtengesetz, die das Wiederaufnahmeverfahren im Disziplinarverfahren wieder einführen. Trotz erheblicher sachlicher Schwierigkeiten sind, wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, die Verhandlungen zwischen den Ressorts in dieser Materie erfolgreich gewesen. Zu den größten Schwierigkeiten zählte die Wiedereinsetzung eines disziplinierten Beamten für den Fall seiner Rechtfertigung. Über diesen Punkt ist jetzt eine Einigung erfolgt. Der Beamte wird in seine Stellung wieder eingesetzt; für den Fall, daß seine Stellung bereits besetzt worden ist, erhält er eine andere gleichwertige. Will er in den Reichsdienst nicht mehr eintreten, so werden seine Ansprüche durch eine Geldentschädigung abgelöst.

Nationalliberale Wahlrechtsfeindschaft.

Der Generalissimus der Nationalliberalen für den bevorstehenden Wahlkampf, Abg. Fuhrmann, hat am Sonntag in Stendal eine Rede gehalten, in der er bekannte:

„Man hat mir nachgesagt, daß ich kein Freund des Reichstagswahlrechts bin, und ich sage offen, daß ich es nicht für ein Ideal halte. Aber wo gibt es ein ideales Wahlrecht? Der Versuch, dem Volke heute das Reichstagswahlrecht zu nehmen, würde eine Revolution im Gefolge haben."

Also nur die Sorge, daß eine Revolution ausbrechen könnte, läßt es dem Abg. Fuhrmann geraten erscheinen, jetzt das Wahlrecht nicht anzutasten. Der Abg. Fuhrmann hat sich bereits mehrfach durch reaktionäre Seitensprünge recht unangenehm bemerkbar gemacht, dabei hängt die Frage seiner Wiederwahl ganz von den Sozialdemokraten ab, wenn es nicht etwa gelingen sollte, ihn überhaupt aus der Stichwahl zu verdrängen. In der fraglichen Versammlung äußerte er außerdem noch:

„Ich gelte als Reaktionär und mache kein Hehl daraus, daß eine fortschreitende Demokratisierung eine große Schädigung unseres Volksgedeihens bedeuten würde."

Diese Offenheit des Abg. Fuhrmann verdient alle Anerkennung, ob seine Parteifreunde davon recht erbaut sein werden, das ist freilich sehr die Frage. Die Bassermann, Weber und Stresemann reisen im Lande herum, um den Kampf gegen Konservative und Zentrum zu predigen und just in diesen Zeitläufen hält es der Abg. Fuhrmann für angebracht, auf offenem Markte mit seiner reaktionären Gesinnung zu prunken. Unsere Aussichten sind es ganz gewiß nicht, die dadurch verschlechtert werden.

Die Pläne des Flottenvereins

charakterisiert im „Berliner Tageblatt" der ehemalige Oberst Gädke folgendermaßen:

„Und schon werden uns immer neue „Beschleunigungen" in Aussicht gestellt; denn auch nach Ersatz aller jener Schiffe erreicht unsere Flotte im Jahre 1917 nur etwa 80 Prozent vom vollen Kampfeswert; es ist also klar, daß man zu jenem Zeitpunkt die übrigen 20 Prozent anmelden wird. Habe ich recht mit der Schraube ohne Ende? Im Jahre 1920 sind doch selbstverständlich unsere ersten Dreadnoughts mit ihren 28-Zentimeter-Geschützen (die dann natürlich zur Mittelartillerie erklärt werden) und der ungeschickten Aufstellung ihrer sechs Panzertürme — ist selbstverständlich der 15 800-Tonnen-Panzerkreuzer „Blücher" völlig veraltet und nur noch ein schwimmender Sarg. Der letztere ist ja wahrscheinlich in der Tat eine etwas verfehlte Konstruktion, die durch falsche Nachrichten über das englische Bauprogramm hervorgerufen wurde — aber immer ein brauchbarer Panzerkreuzer. Kurz, letzten Endes läuft die Sache darauf hinaus, daß wir alle vier Jahre 14 oder 15 Schlachtschiffe auf Stapel legen sollen und somit bei ihrer Dienstzeit von zwanzig Jahren eine Flotte von 70 bis 75 anstatt der gesetzlich vorgesehenen 58 Kampfeseinheiten haben werden. Das ergibt — ohne die kleinen Kreuzer, die Torpedo-, die Unterseeboote, die Spezialschiffe zu rechnen — alljährlich eine Summe von etwa 170 Millionen Mark allein für Linienschiffe und Linienschiffskreuzer."

Originell ist es übrigens, daß der gegen die Pläne des Flottenvereins eifernde Herr Gädke selbst auf eine „Lücke" unserer Flottenrüstungen hinweist: nämlich die geringe Zahl der Unterseeboote. Man höre über die Zahl der kriegsbereiten Unterseeboote seltsame Dinge. Keine Frage aber sei, daß eine starke Macht von Torpedobooten und Unterseebooten die Blockierung der deutschen Küste durch eine englische Flotte aufs äußerste erschweren, daß sie zugleich den englischen Handel in der Nordsee völlig lahmlegen könne. Hier möge man das Reichsmarineamt zu größerer Beschleunigung treiben.

Natürlich empfiehlt Herr Gädke die Vermehrung der Unterseeboote, weil er sie für billiger als die vom Flottenverein propagierte Schlachtschiffvermehrung hält. Regierung und Mehrheitsparteien werden nun zwar schmunzelnd die freisinnige Forderung der Vermehrung der Unterseeboote akzeptieren, ohne aber auf die Verstärkung der Schlachtschiffe zu verzichten!

Vorsichtige Nationalliberale.

In Köln hielt am Sonntag der sächsische nationalliberale Abgeordnete Weber einen Vortrag, in dem er die Reichsregierung wegen der Finanzreform und insbesondere auch wegen der Marokkopolitik heftig angriff. Er verlangte Vermehrung der Flotte mit Hilfe einer Reichserbschaftssteuer und Mitwirkung des Volkes bei der Auslandspolitik.

Der Führer der rheinischen Nationalliberalen, Professor Moldenhauer, versicherte, die Nationalliberalen würden alles tun, um im ersten Wahlgange dem schwarz-blauen Block eine Niederlage zu bereiten. Eine Erklärung über die Stellungnahme der Nationalliberalen bei den Stichwahlen lehnte er aber trotz energischer Interpellation von fortschrittlicher Seite entschieden ab.

Der nationale Bettelsack.

Die „nationalen Parteien" in Berlin, wie sich das wunderliche Gemisch nennt, das sich mit der Sozialdemokratie messen will, sind durch ihre „Massenkundgebung" bereits dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. Nun stellt sich heraus, daß diese mannhaften teutschen Kämpen nicht einmal Geld — die erste Vorbedingung für einen Kampf — im Beutel haben. Deshalb verbreitet das Organ des Reichskanzlers, die „Nordd. Allgem. Ztg." folgende Bitte:

„Jeder deutsch, christlich und monarchisch gesinnte Bürger wird hiermit herzlichst gebeten, zur Durchführung der bevorstehenden Reichstagswahlen in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen sein Scherflein beizusteuern. Es gilt den Kampf gegen die internationale revolutionäre Sozialdemokratie und den ihr so nahestenden demokratischen Freisinn auch hier in der roten Reichshauptstadt mit Ehren zu bestehen; deshalb helfe uns jeder nationale Mann nach seinen Kräften."

Wird das ein Gedränge an den Kassen werden!

Die Hoffnungen der Kriegshetzer.

Dem Wiederzusammentritt des Reichstages widmet die „Post" einen Leitartikel, in dem sie die „Hoffnungen des deutschen Volkes" wie folgt skizziert:

„Was erwartet denn das deutsche Volk vom Reichstage? Es will Aufklärung darüber haben, warum das mächtige Deutsche Reich eine so klägliche Rolle hat spielen müssen? Es will wissen, warum der „Panther", noch ehe er seine Beute erreicht hatte, in seinem Sprunge einhalten mußte? Es will wissen, warum wir vor den Drohungen Englands ängstlich und scheu zurückgewichen sind? Warum die deutsche Regierung die Beleidigungen und Beschimpfungen eines halbamtlichen französischen Blattes ruhig eingesteckt hat? Woher stammt die Befriedigung der deutschen Regierung über die lügenhafte Ableugnung der englischen? Warum sind die Verunglimpfungen des englischen Botschafters nicht mit aller Schärfe zurückgewiesen worden? Wenn aber die Antworten auf alle diese Fragen unbefriedigend ausfallen, dann erwartet das deutsche Volk von seinen Vertretern, daß sie eine gründliche Abrechnung halten mit den Männern, die in diesem Sommer soviel Leid und Schmach über es haben kommen lassen. Dann ist die Stunde des Gerichts gekommen, dann müssen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden."

Der „Post" ist hier eine kleine Verwechslung unterlaufen, sie münzt die Wünsche der gewissenlose Patrone, die vor einigen Wochen in der unverfrorensten Weise zum Kriege gehetzt haben, in „Wünsche des deutschen Volkes" um. Die Wünsche des deutschen Volkes liegen in einer ganz anderen Richtung — in der Erhaltung des Friedens, wobei gerne zugegeben werden soll, daß im Frieden die Prozentpatrioten ihren „mühevollen" Gewinn nicht zu gar so schwindelnder Höhe emportreiben können, als wie ihnen das nach einem Kriege mit seiner zerstörenden Wirkung ermöglicht wird. Von den Nationalliberalen erwartet die „Post", daß sie im Reichstage für die Wahnideen der Kriegshetzer eintreten werden und den Nationalliberalen allerdings ist auch diese Dummheit zuzutrauen. Immerhin werden die Kriegshetzer nicht auf ihre Rechnung kommen, dazu haben sie ihre rein persönlichen Interessen zu sehr in den Vordergrund gestellt.

Die Lebensmittelteuerung.

Das Gemeindekollegium in Kempten im Algäu beschloß, den Magistrat aufzufordern, im Hinblick auf die bestehende Teuerung aller Lebensmittel den Einkauf von Kartoffeln in die Hand zu nehmen und solche zu billigen Preisen an die Konsumenten abzugeben.

In Augsburg hat das Gemeindekollegium wiederholt einstimmig den Magistrat ersucht, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Der Magistrat fürchtet aber den Zorn der Händler und sucht jede Aktion zu verschleppen. Jetzt hat er gebührenfreie Kartoffelmärkte auf den 24. Oktober und 14. November angesetzt, wobei aber die Händler den Verkauf selbst besorgen. Die Maßnahme nimmt sich wie eine Verhöhnung der unter der Teuerung Leidenden aus.

* * *

Die bisherigen Verpflegungssätze in den Heil- und Pflegeanstalten deckten so ca. 70—80 Prozent der wirklichen Ausgaben, die Teuerung hat den Anteil des Verpflegungssatzes an den Kosten auf 62 Prozent herabgedrückt. Das Unterrichtsministerium hat deshalb den Tagesverpflegungsbetrag für die psychiatrischen Kliniken von 1,25 Mk. auf 1,40 bis 1,70 Mk. erhöht. Die Gemeinden, Kreise, Krankenkassen 2c. hatten früher in den Heil- und Pflegeanstalten für einen Kranken (Geisteskranken) 450 bis 600 Mk. zu zahlen, jetzt 500—600 Mk. In der ersten und zweiten Klasse der psychiatrischen Kliniken müssen ab 1. November 7 und 5 Mark, in den Irren- und Pflegeanstalten 12 bis 18 und 8 bis 10 Mk. entrichtet werden. So rächt es sich selbst an Kranken und mittelbar auch wieder an den Staatsfinanzen, daß der Staat zur Zoll- und Steuerpolitik der Schwarzblauen seinen Segen gegeben hat, und daß er jetzt der Teuerung gegenüber völlig untätig bleibt.

Die städtische Verbrauchssteuer auf Wild in Baden abgeschafft.

Der Karlsruher Stadtrat hat — unter Anwendung des reichsgerichtlichen Urteils in der Straßburger Oktroi-Angelegenheit — beschlossen, dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage zu unterbreiten, der zufolge auf Wildpret und Geflügel, ebenso auf Fische und Brennstoffe, städtische Verbrauchssteuern nicht mehr erhoben werden. Auch die anderen badischen Städte sind gezwungen, diesem Beispiele zu folgen.

Die Bürgerausschußwahlen in Mannheim.

Am 15. Oktober fanden in Mannheim die Wahlen für die 3. Wählerklasse statt. Da durch Inkrafttreten der neuen Städteordnung die Gesamterneuerung des Bürgerausschusses notwendig wurde, waren in zwei Wahlgängen 32 Stadtverordnete zu wählen; 16 für eine sechsjährige Amtsdauer und 16 für eine dreijährige. Die 32 Mandate waren bisher im Besitze der Sozialdemokratischen Partei. In der zweiten und in der ersten Klasse hatte die Partei keine Sitze. Durch die neue Klasseneinteilung und durch die Anwendung des Proportionalwahlverfahrens innerhalb der einzelnen Klassen mußte die Partei in der 3. Klasse Mandate an die bürgerlichen Parteien abtreten, dagegen wird sie diesen Ausfall bei der Wahl zur zweiten Klasse wieder einholen.

In der dritten Wahlklasse waren die Wähler eingereiht, die bis zu 14 Mk. Umlage im Jahre bezahlen. Das waren etwa 15 200. Wer über 14 Mk. und bis zu 92,64 Mark Umlage zahlt, wählt in der 2. Klasse. Es sind das 10 100 Wähler. Zur ersten Klasse sind eingeteilt 5050 Bürger, die mit einer Umlageleistung von über 92,60 Mk. eingeschätzt sind. Kurz gesagt, haben drei Sechstel der Wähler in der dritten Klasse, zwei Sechstel in der zweiten und ein Sechstel in der ersten Klasse Wahlrecht. Vor drei Jahren machten nur 56 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Am Sonntag wurden für die sozialdemokratischen Listen 7334 Stimmen abgegeben. Die liberale Partei brachte es auf 541 Stimmen, das Zentrum auf 1335, die Fortschrittliche Volkspartei auf 682 und auf die Liste der Festbesoldeten fielen 251. Gewählt sind 26 Sozialdemokraten, 2 Fortschrittler und 4 Zentrumsleute. Die Wahlen für die zweite Klasse finden am 31. Oktober statt. Nach diesem glänzenden Resultat in der dritten Klasse dürfte die Partei insgesamt 6 Sitze im Stadtverordnetenkollegium und 4 im Stadtrat gewinnen.

Rußland.

Attentat auf den Fürsten Trubezkoi. In Nowotscherkask drang gestern gegen 7 Uhr abends der Student Kristi in den Privatwagen des Fürsten Trubezkoi, eines Mitgliedes des Reichsrates, ein und gab auf ihn Revolverschüsse ab. Der Fürst sank im Augenblick nieder und starb bald darauf. Der Mörder ist ein Verwandter des Fürsten.

Persien.

Der Exschah geflohen. Die „Morning Post" meldet aus Teheran: Der Exschah begab sich über die Grenze nach Aschabad in Russisch-Turkestan. Unter dem Gepäck, das in Firuskuh in die Hände einer Regierungstruppe fiel, befand sich ein vollständiges Tagebuch über den von ihm unternommenen Versuch, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Im Tagebuch finden sich Angaben, woher er Unterstützungen finanzieller und anderer Art bezogen hat. Dadurch sind verschiedene hochgestellte Persönlichkeiten bloßgestellt, deren Anhänglichkeit an das jetzige Regime bisher nicht in Zweifel gezogen wurde.

China.

Die Revolution. In Hankau ist es zu einem Zusammenstoß zwischen einer deutschen Freiwilligen-Kompagnie, den Mannschaften dreier Kriegsschiffe und dem Pöbel gekommen. Nach einer anderen Meldung soll ein solches Gefecht in der Nähe der deutschen Niederlassung bevorstehen. Hankau soll ruhig sein.

Nach einer Depesche der Betriebsdirektion der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft in Tsingtau wird die Schantung-Eisenbahn von der revolutionären Bewegung nicht berührt; in der Provinz Schantung herrscht völlige Ruhe. Auch im Süden von China trägt die Bewegung anscheinend keinen fremdenfeindlichen Charakter.

Infolge der Ungewißheit der Lage ist der Markt desorganisiert. Die Chinesen wechseln die Banknoten gegen Gold ein. In Schanghai ist alles ruhig. Der Verkehr mit Hankau ist wieder hergestellt.

Aus Hankau liegt weiter folgende Meldung vor: Bisher haben die Aufständischen hier wie in Wutschang und Hanyang die Ordnung im wesentlichen aufrecht erhalten, völlig haben aber Plünderungen und Brandstiftungen des Pöbels nicht verhindert werden können. So brach auf der Rückseite der deutschen Niederlassung auf Chinesengebiet am 12. d. M. ein großer Brand aus. Die Sicherheitsmaßregeln für die Europäer sind mit aller Sorgfalt getroffen worden. Da man Kämpfe um die befestigten Stellungen der Rebellen in Hanyang und Wutschang erwartet, ist auf alle Fälle beschlossen worden, die Frauen und Kinder nach Schanghai zu senden. Die Mehrzahl der Deutschen und deutschen Schutzgenossen lassen heute ihre Angehörigen nach Schanghai abreisen. Der Sicherheitsdienst für die Niederlassung wird durch die eintreffenden Kriegsschiffe und durch Freiwillige besorgt. Um bei einem etwaigen Bombardement der Rebellenpositionen eine Gefährdung der Fremden zu verhüten, wird der chinesische Admiral Sah bei Eintreffen des Namjau-Geschwaders ersucht werden, auf die Sicherheit der Niederlassungen entsprechende Rücksicht zu nehmen und äußersten Falls hinreichend Zeit zur Räumung zu geben.

In der Zentralregierung in Peking soll eine Panik herrschen. Die Gesellschaft hat anscheinend den Kopf verloren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 18. Oktober.

Der erste Vortragsabend des Genossen Dr. Duncker-Stuttgart war außerordentlich stark besucht. Genosse Dr. Duncker schilderte zunächst die ideologische und dann die materialistische Geschichtsauffassung in leichtverständlicher Weise unter dem lebhaften Interesse der Hörer. Er erklärte die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die Entstehung der Sozialdemokratie und ihres Programms. Die äußerst interessanten Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Der nächste Vortragsabend findet am Freitag statt und können auch an diesem Abend noch Dauerkarten zu dreißig Pfennig entnommen werden. — Von den Gegnern ist noch in der Hansa-Theater-Versammlung wahrheitswidrig behauptet worden, die Sozialdemokratie verschleiere im Wahlkampf ihre Ziele. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Sie ist die einzige Partei, die ihr Programm zur Unterlage ihrer Agitation macht. Gerade die genaue Kenntnis des sozialdemokratischen Programms und seiner wissenschaftlichen Grundlagen ist das beste Mittel, der Sozialdemokratie Anhänger zuzuführen und ihr zu erhalten. Die Duncker-Vorträge sollen der Vertiefung der Programmkenntnisse unter den Parteigenossen dienen, denen wir den Besuch des Kursus angelegentlichst empfehlen.

Der Milchboykott dauert fort. Auf Anregung des Direktors der Hansameierei hatten vor kurzem zwischen Vertretern der Gewerkschaften und Vertretern der Milchproduzenten und -verschleißern Einigungsverhandlungen bezüglich des Milchboykotts stattgefunden. Es kam schließlich ein Übereinkommen dahin zustande, daß für die nächsten 6 Jahre in vier Sommermonaten der alte Preis, in den übrigen Monaten der jetzt geforderte Preis gelten sollte. Während das Gewerkschaftskartell und die Vorstände der Gewerkschaften diesen Abmachungen trotz schwerer Bedenken zugestimmt haben, hat sie gestern die Versammlung der Milchinteressenten abgelehnt. Der Kampf geht weiter, weil die Milchverteurer es so wollen. Demnächst werden die in Betracht kommenden Instanzen der Arbeiter sich mit den weiteren Maßnahmen in dieser Sache zu beschäftigen haben. Die Parole lautet: Keine Milch zu erhöhten Preisen. Näherer Bericht folgt morgen.

Der Bürgerausschuß gab in seiner heutigen Sitzung zunächst drei Einsprachen gegen die Wählerlisten für die Bürgerschaftswahlen statt. Ein Antrag von Aug. Pape: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat: 1. beim Bundesrat dafür einzutreten, daß alsbald wirksame Maßnahmen zur Linderung der bereits eingetretenen und sicher noch steigenden Lebensmittelteuerung ergriffen werden, 2. nötigenfalls selber solche Maßnahmen zu ergreifen, wurde dem Senat überwiesen. Mitgenehmigt resp. gutachtlich befürwortet wurden folgende Anträge des Senates: 1. Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Haftung des Staates, der Stadtgemeinde und der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für Amtspflichtverletzungen von Beamten. 2. Gewährung einer Altersunterstützung an den Schiffsführer Heinrich Sommer. 3. Ankauf des Grundstücks Johannisstraße 22/24. 4. Arealaustausch an der Straße Wakenitzufer unterhalb der Pelzerstraße. 5. Herstellung von vier in Brunnen mündenden Stichrohren auf den Holzlagerplätzen der Vorwerker Wiesen. 6. Befestigung des von der Schwartauer Chaussee zum Grundstück der Tierkörperverwertungsanstalt führenden Weges.

Die Zahl der Bürgerschaftswähler beträgt für St. Lorenz-Nord in der zweiten Klasse 1543, in der ersten 390, für St. Lorenz-Süd in der zweiten Klasse 1076, in der ersten 370; für St. Gertrud in der zweiten Klasse 750, in der ersten 331, für St. Jürgen in der zweiten Klasse 885, in der ersten 787; für Marien in der zweiten Klasse 472, in der ersten 303; für St. Johannis in der zweiten Klasse 584, in der ersten 312; für Marien-Magdalenen in der zweiten Klasse 538, in der ersten 212, und für St. Jakobi: in der zweiten Klasse 742, in der ersten 200. Im ganzen sind also 9913 Wähler der zweiten Klasse und 2905 Wähler der ersten Klasse in den Listen verzeichnet. 9913 Lübecker Bürger wählen 4 Vertreter und 2905 erstklassige wählen 32 Vertreter in die Bürgerschaft. In den Landgemeinden sind für Travemünde-Stadt 144 Wähler der vierten Klasse und 45 Wähler der dritten Klasse in den Listen verzeichnet. Im Travemünder Landbezirk dagegen 31 Wähler der vierten und 30 Wähler der dritten Abteilung vorhanden. In den übrigen Landgemeinden wählen am 14. November nur Erst- bezw. Drittklassige. Und zwar in Moisling 17, in Schlutup 64, in Krempelsdorf 42, in Nusse, Ritzerau, Poggensee, Klein- und Groß-Schretstaken und Tramm 27, in Wulfsdorf, Vorrade, Blankensee, Beidendorf, Krummesse, Kronsforde, Ober- und Nieder-Büssau 30 und in Düchelsdorf, Sierksrade, Hollenbeck, Behlendorf, Albsfelde, Giesendorf und Harmsdorf 35 Wähler.

Zu den journalistischen Gepflogenheiten der liberalen Presse gehört es seit langem, über die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften Verdächtigungen und Verleumdungen auszustreuen, die bei näherer Betrachtung in nichts zerflattern, von denen die Braven, die sie weiter verbreiten, aber annehmen und wünschen, daß an dem Gegner etwas hängen bleibt. Dieser Tage brachte das liberale „Lübecker Tageblatt" einen Schmähartikel gegen die freien Gewerkschaften, in dem wider besseres Wissen — oder müssen wir sagen aus Dummheit? — behauptet wurde, die Verwaltungskosten der Gewerkschaften seien übermäßig hoch oder mit anderen Worten, die Führer der Gewerkschaften mästeten sich von den Arbeitergroschen. Daß die unwahren Auslassungen des „Tageblatts" der berüchtigten kriegervereinlichen Kyffhäuserkorrespondenz entnommen waren, interessierte uns nicht, denn die „liberale" Redaktion hatte sie kommentarlos abgedruckt. Jetzt jammert das hiesige freisinnige Organ darüber, daß wir unsere Zurückweisung der Verdächtigungen nicht gegen die genannte Korrespondenz, sondern gegen das „Tageblatt" richteten. „Journalistischen Gepflogenheiten entspricht das keinesfalls." Den freisinnigen „journalistischen Gepflogenheiten" entspricht es dagegen, den Gegner zu verdächtigen und dann die Erwiderung seinen Lesern vorzuenthalten.

In der Blechemballagenfabrik von Ewers u. Co., Waisenhofstraße, sind für die Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedene Wohltätigkeitseinrichtungen getroffen. So zum Beispiel der berühmte Gesangverein, in dem alles andere nur nicht der Gesang gepflegt wird. Außerdem gewährt die Firma den treuen Arbeitern, wenn sie sich 5 Jahre hintereinander gut geführt haben, zu ihrem horrenden Lohn auch noch eine Prämie. Und als letztes ist noch eine Kantine errichtet, die unter dem Regiment des Lagerverwalters steht. Aus dieser können die Arbeiter und Arbeiterinnen für teures Geld Lebensmittel beziehen, die sie in anderen Geschäften weit billiger und besser kaufen können. Es soll uns nun aber nicht weiter kümmern, daß es immer noch Leute gibt, die ihr sauer verdientes Geld der Fabrik gleich wieder hingeben, wenn nicht noch andere Zustände dort herrschten, die wirklich unhaltbar sind. Bekanntlich arbeiten bei der Firma eine große Zahl — annähernd 400 — Frauen und Mädchen, welche gezwungen sind, in die Fabrik zu gehen, um den Lebensunterhalt mit zu verdienen. Daß viele von den Frauen, wenn sie des Mittags oder des Abends nach Hause kommen, auch noch ihren Hausstand in Ordnung machen müssen oder dafür zu sorgen haben, daß auch die Kinder zu ihrem Rechte kommen, das scheint die Fabrikleitung nichts zu kümmern. Sonst könnte unmöglich so vorgegangen werden, wie es in jüngster Zeit geschehen ist. Durch einen Anschlag wurde einfach bekanntgegeben, die Arbeitszeit währt bis auf weiteres für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen von morgens 6 bis abends 8 Uhr, also 12½ Stunden. Daß ein solches Vorgehen berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorrief, ist erklärlich. Womit will die Firma das Vorgehen begründen? Vielleicht damit, daß zu viele Aufträge vorliegen, die die lange Arbeitszeit erfordern? Das trifft nicht zu; in einzelnen Abteilungen mag es richtig sein, daß genügend Arbeit vorhanden ist, aber viele der Arbeiterinnen müssen umherstehen und auf Arbeit warten. Am besten beweist das der Verdienst. Denn wenn bei einer 12½stündigen täglichen Arbeitszeit zahlreiche Arbeiterinnen nur einen Wochenlohn von sage und schreibe 11, 12, 13 und 15 Mark verdienen, dann sollte doch auch die Firma einsehen und sich sagen, daß die übermäßig lange Arbeitszeit keinen Zweck hat. Aber was tut die Firma? Wenn sich eine Arbeiterin muckst und es wagt, abends um 7 Uhr zu Hause zu gehen, um nach ihren auf der Straße verweilenden Kindern zu sehen, ihnen Essen machen und dafür zu sorgen, daß sie auch ins Bett kommen, so wird sie zur Strafe am nächsten Tage entlassen. Die Firma weiß genau, daß leider genügend willige Arbeitskräfte auf der Straße sind, und die übrigen Arbeiterinnen im Betriebe werden dadurch in Furcht gesetzt. Die Firma weiß ferner genau, daß die Arbeiterschaft nicht organisiert ist, sonst würde sie sich wohl hüten, und solches den Arbeitern bieten. Darum ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, tretet der Organisation bei, schließt euch zusammen, so wie es die Unternehmer machen. Dann könnt ihr auch wirksam den Übelständen in der Fabrik, über die ihr so oft euch beklagt habt, entgegentreten. Auch verschiedene Meister lassen den Frauen eine Behandlung angedeihen, die nicht mehr schön zu nennen ist. Dagegen kann die Organisation aber nur einschreiten, wenn die Arbeiterinnen sich ihr anschließen.

Eine sehr beachtenswerte Warnung veröffentlicht die Zeitschrift für allgemeine Rechtskunde „Gesetz und Recht" in Breslau in bezug auf das Unterschreiben von Bestellscheinen. Diese lautet wie folgt: „Kaufe und bestelle nichts, was du nicht nötig hast! Laß dich von keinem Reisenden bereden, etwas zu bestellen, was du vorher nicht entbehrt hast! Bestelle nichts bei Reisenden, was du am Ort im Laden kaufen kannst. Du kaufst beim Reisenden nicht billiger. Er muß die Prozente, von denen er lebt, auf die Ware draufschlagen. Im Laden hast du die Auswahl und siehst, was du bekommst — beim Reisenden kaufst du die Katze im Sack! Unterschreibe keinen Bestellschein, den du nicht ganz gelesen und ganz verstanden hast! Unterschreibe nie, ehe der Bestellschein nicht ganz ausgefüllt und Unzutreffendes durchstrichen ist! Sieh zu, ob die Zahlen und Preise stimmen! Lies auch die klein gedruckten Stellen, sie sind manchmal die wichtigsten! Verstehst du etwas nicht, so laß dich auf keine Erklärungen ein, sondern verlange, daß es gestrichen wird. Unterschreibe nicht, wenn man nicht streichen will. Es gilt nur das, was im Bestellschein steht. Verlaß dich nicht auf mündliche Versicherungen. Unterschreibe nicht eher, als bis alles im Bestellschein steht, was man dir versprochen hat! Verlange Abschrift vom Bestellschein und laß die Abschrift vom Reisenden unterschreiben. Prüfe, ob Abschrift und Bestellschein übereinstimmen! Unterschreibe keinen Bestellschein, wenn etwas vom Erfüllungsort oder Gerichtsstand darin steht. Verlange, daß der Satz gestrichen wird, sonst unterschreibe nicht; du wirst sonst auswärts verklagt und durch Versäumnisurteil verurteilt, wenn du dir nicht dort einen Anwalt nehmen kannst!

Früher Winter. Recht plötzlich ist eine starke Abkühlung erfolgt und es sieht gerade so aus, als ob sich der Winter in diesem Jahre ungemein früh einstellen wolle. Ein Hochdruckgebiet, das sich Sonnabend über Skandinavien ausgebildet hatte, ist über die Ostsee nach Polen gezogen, hat sich dort mit einem über Südosteuropa befindlichen zweiten Hoch vereinigt und so ein sehr hohes Maximum von über 780 mm erzeugt, das Montag früh den größten Teil Europas beherrschte und schnell eine starke nächtliche Ausstrahlung verursachte. Infolgedessen sind in der Nacht zu Montag in der ganzen östlichen Hälfte Deutschlands Nachtfröste vorgekommen, die an einzelnen Orten sehr scharf waren. Lauenburg i. P. hatte 5 Grad, Landsberg a. W. und Cöslin hatten 3 Grad Kälte. Montag früh zeigte das Thermometer u. a. in Breslau und Bromberg 1 Grad unter Null, während es östlich der Elbe fast nirgendwo 1 Grad Wärme überschritt. In Polen und im Innern Rußlands herrschten morgens noch 3 Grad unter Null. Demgegenüber liegen die Temperaturen in West- und Süddeutschland noch ziemlich hoch; Aachen und Karlsruhe hatten noch 10 Grad, Frankfurt a. M. hatte 9 Grad Wärme. Hier macht sich der Einfluß einer auf der Biskayasee lagernden flachen Depression bemerkbar, die ihre Ausläufer vermutlich langsam weiter ins Binnenland entsenden wird, während gleichzeitig eine neue Islanddepression durch den hohen Norden ostwärts wandern dürfte. Vermutlich wird sich daraus eine Verschiebung des kalten Hochdruckgebietes nach Südosteuropa und damit eine langsame Wiedererwärmung ergeben, die allerdings nicht erheblich werden dürfte, angesichts des Umstandes, daß die Luftzufuhr aus Ost- und Südeuropa zunächst noch kalt bleibt. Sommerliche Wärme herrscht zurzeit nur noch in Italien und Südfrankreich, wo die Morgentemperaturen vielfach noch 17 Grad Wärme betrugen. Auf die Zufuhr erwärmter Luft aus diesen Gebieten ist aber einstweilen nicht zu rechnen, da dort der Luftdruck am niedrigsten ist, während er am höchsten in dem westrussischen Kältegebiet ist. Es darf daran erinnert werden, daß auch vor drei Jahren in der dritten Oktoberwoche bereits Frost einsetzte, und zwar bei einer, der gegenwärtigen ziemlich ähnlichen Luftdruckverteilung und bei gleichfalls frischen bis starken Ostwinden. Möglicherweise leitet dieser Oktoberfrost ähnlich wie vor drei Jahren einen strengen Winter ein.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 17. d. M., gegen 6 Uhr abends, ist vor dem Hause Königstraße Nr. 39 ein Fahrrad, Marke „Panzer", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 12 304 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Eigentumsvergehen.** Aus einem Zigarrenladen sind am verflossenen Sonntag vormittag eine größere Anzahl zusammenschiebbarer Zigarrenspitzen abhandengekommen. — In der Nacht vom 15. zum 16. ds. Mts. sind aus einem auf dem Grundstück Elswigstraße 44a stehenden Stalle ein graues, ein grau und weißes weibliches Kaninchen, und ein blaues und vier weiß und grau gefärbte junge Kaninchen belgischer Rasse gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Freitag kommt Millöckers Operette „Der Bettelstudent" zur Wiederholung. Als Laura wird Frl. Braun ein nochmaliges Gastspiel absolvieren. In Vorbereitung für Sonntag befindet sich Richard Wagners Oper „Der fliegende Holländer". Im Schauspiel wird die Novität „Tantris der Narr" von Ernst Hardt vorbereitet.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt die Operette „Die Dollarprinzessin" von Leo Fall zum letzten Male zur Aufführung.

---

e. **Stockelsdorf.** Vom Auto überfahren. Der Brauer Altmann wurde am Sonnabend abend von dem Auto des Herrn W. Beth-Lübeck in Krempelsdorf überfahren und dann mit demselben Auto in seine Wohnung, Stockelsdorf, Lohstraße, gebracht, woselbst ihn der Arzt in Stockelsdorf behandelt. Beide Waden und der linke Oberschenkel zeigen Druckstellen. Der Verletzte muß wohl einige Wochen zur Wiederherstellung der Gesundung gebrauchen.

Hamburg. Bei der Arbeit ums Leben gekommen. Auf dem Hamburger Dampfer „Kamerun" ist der Schiffszimmermann Friedrich Schütt, als er eine Arbeit an einem Scheerstock verrichten wollte, von diesem abgeglitten und kopfüber in den Raum gestürzt, wo er besinnungslos und schwerverletzt liegen blieb. Auf dem Transport nach dem Hafenkrankenhause ist der Schwerverletzte bereits gestorben. Seine Leiche ist nach der dortigen Leichenhalle gekommen.

Hamburg. Leiden Schiffbrüchiger. Über die Rettungsversuche der Mannschaft der bei False Cove gestrandeten Hamburger Viermastbark „Thekla" werden dem „Fremdenblatt" aus Montevideo in einem am 28. September abgeschickten Brief folgende Einzelheiten mitgeteilt: „Auf dem heute hier von Punta Arenas angekommenen Kosmos-Dampfer „Rhodopis" befinden sich 21 gerettete Schiffbrüchige des bei False Cove auf Feuerland gestrandeten deutschen Viermastschiffes „Thekla", Kapitän Meyer. „Thekla" strandete in der Nacht vom 9. bis 10. Juli bei schlechtem, unsichtigem Wetter. Die hohe See schlug sofort alle Rettungsboote weg, so daß die Besatzung gezwungen war, sich in die Masten zu flüchten. Am nächsten Tage, als das Wetter wieder etwas besser wurde, versuchte man mit Hilfe von Flößen das zirka 150 Meter entfernte Ufer zu erreichen. 24 Mann gelang dieses, während ein Mann, Matrose Jacobs, von überkommenden Seen erschlagen wurde und sechs Mann, die Matrosen Beutler, Regendahl, Marks, der Leichtmatrose Neumann, der Junge Davies und der Steward Wallies, auf einem Floß nach See zugetrieben wurden. Man hat vom Floß und diesen Leuten nichts mehr gehört. Am 26. Juli kam die deutsche Bark „Isebeck" in Sicht, der es nach vielen Anstrengungen gelang, neun Mann von den Schiffbrüchigen zu bergen, die übrigen mußte der Kapitän der „Isebeck" wegen eintretenden sehr schlechten Wetters sitzen lassen, machte aber im nächsten Hafen beim deutschen Konsul Meldung von der Lage der Mannschaft. Von dieser wurden inzwischen verschiedene Versuche gemacht, um in das Innere der Insel zu dringen und menschliche Ansiedelungen zu erreichen. Aber wegen des sehr schwierigen Terrains und wegen Mangels an Schußwaffen usw. mußten diese Versuche aufgegeben werden. Am 17. August versuchten drei Mann, der erste Offizier Schulz, der Zimmermann Mensch und der Matrose von Borstel, mit einem kleinen Boot, das sie bei einem anderen gestrandeten Schiffe fanden, die Straße von Le Maire zu erreichen. Auch von diesen Leuten hat man bis jetzt nichts wiedergesehen, sie gelten als verschollen. (Inzwischen als gerettet gemeldet. Die Red.) Die Schiffbrüchigen hatten auf der Insel viel zu leiden und waren allen Entbehrungen, der Kälte, Mangel an Proviant und Kleidern usw. ausgesetzt. Nach und nach trieben von dem aufgebrochenen Schiff einzelne Trümmer, etwas Proviant und Wolldecken ans Land, womit sie dann, so gut es ging, sich einrichteten. Die Hauptnahrung bildete Seelöwenfleisch. Die Tiere wurden in Ermangelung von Waffen mit Knüppeln totgeschlagen. Endlich, am 7. September, also nach fast zweimonatigem Aufenthalt, wurden die bedauernswerten Leute von dem argentinischen Transportdampfer „Primero de Mayo", der auf die Suche geschickt war, an Bord sehr gastlich und liebevoll aufgenommen und am 15. September in Punta Arenas gelandet. Die Stelle und Umgebung, wo „Thekla" strandete, ist im Laufe der Zeit das Grab von vielen Seeleuten und von manchem stolzen Segler gewesen. Zeugnis hiervon geben die vielen Trümmer, ja, ganze Wrackteile, mit denen der Strand hier in viele Meilen weiter Ausdehnung bedeckt ist.

Elmshorn. Carstens mandatsmüde. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Elmshorn-Pinneberg, Fabrikbesitzer Carstens, hat, wie die „Elmshorner Zeitung" meldet, eine Kandidatur zu den kommenden Reichstagswahlen abgelehnt. — Carstens wurde 1907 in der Stichwahl gegen unseren Genossen v. Elm gewählt.

Schwerin. Der mecklenburgische Landtag ist zum 14. November einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Weiterberatung der Verfassungsvorlage. Das bedeutet einen vollendeten Sieg der Junker. Denn im Frühjahr, als der Junkerlandtag die Verfassungsvorlage der Regierung abgelehnt hatte, sprach der Schweriner Großherzog das große Wort, er werde nunmehr aus freiester Entschließung handeln. Statt dessen aber soll jetzt der Landtag weiterberaten.

Bremerhaven. Der Verantwortliche der „Norddeutschen Volksstimme", Genosse Bartz, und das ehemalige Gemeindeausschußmitglied in Schiffendorf, Genosse Gottschalk, wurden Ende Juni dieses Jahres in Bremerhaven wegen Beleidigung des Gemeindeausschusses in Schiffendorf verurteilt, und zwar Bartz zu einem Monate Gefängnis und Gottschalk zu 100 Mark Geldstrafe. Am Montag hatte sich die Strafkammer in Bremen als Berufungsinstanz mit dieser Sache zu beschäftigen. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen hat Gottschalk als Gemeindeausschußkandidat in einer Versammlung erklärt, ihm sei einmal als Ausschußmitglied von einem Vertreter der Bauern Geld angeboten worden. Der Bauer, der Gottschalk das Geld angeboten haben soll, konnte sich als Zeuge an die Sache nicht mehr erinnern, gab aber zu, daß er damals einen über den Durst getrunken hatte. Die Berufungsinstanz kam ebenfalls zur Verurteilung und erkannte gegen Bartz auf eine Geldstrafe von 300 Mark, eventuell 30 Tage Gefängnis. Die Strafe Gottschalks blieb bestehen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern abend, sorgfältig vorbereitet, Shakespeares Trauerspiel „Romeo und Julia" zur Aufführung. Als Julia schuf Frl. Wutke eine Mädchenknospe von keuscher Anmut und rührender Lieblichkeit. Da war inneres Miterleben zu spüren. Ein temperamentvoller Romeo war Herr Schürer, dessen Spiel nur noch etwas mehr Geschlossenheit fehlte. Die zahlreichen übrigen Rollen hatten meistens annehmbare, zum Teil sogar recht gute Vertreter gefunden. Die Regie hatte für hübsche, den Stimmungsgehalt des Dramas fördernde Bühnenbilder Sorge getragen. Das Publikum nahm die Vorstellung sehr beifällig auf.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Oktbr.

Auftrieb 6800 Schweine. — Handel rege. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 60,— bis 61,— (48,— bis 49,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 59,— bis 60,— (47,00 bis 48,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 59,— bis 60,50 (46,— bis 47,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 59,— bis 60,— (46,00 bis 47,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52,— bis 58,00 (39,50 bis 44,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 53,— bis 54,00 (42,50 bis 43,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 46,— bis 51,00 (36,00 bis 40,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

SINGER „66“

die Nähmaschine des 20. Jahrhunderts.

Man kaufe nur in unseren Läden
= oder durch deren Agenten. =

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Lübeck, Breite Straße 40.

Eine Broschüre mit Anleitung zum **Stopfen von Wäsche** wird **gratis** an Jedermann abgegeben.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, insbesondere seinen früheren Arbeitgebern und Mitarbeitern der Firma H. F. Boldt, sowie Herrn Pastor Carstensen herzlichen Dank.

Familie Hering.

Moislingen, den 18. Oktober 1911.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 38, pt.

Sauberes möbl. **Zimmer** u. ein leeres Zimmer zu vermieten. Nähe Bahnhof. Dornestraße 18b, II.

Am Donnerstag, dem 19. Oktober, bleibt meine Gaststube von mittags 1 Uhr ab **geschlossen.**

Carl Wessel, Untertrave 3.

Sonnt. nacht a. d. W. Fackenburg gr. Weg bis Glandorpstr. br. Pelzboa verl. A. g. Bl. Glandorpstr. 9a III.

Empfehle mich als **Schneiderin** zu allen in meinem Fache vorkommenden Arbeiten

Fischergrube 90, part.

Achtung!

Zimmerer

Die Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 19. Oktober, findet **nicht** statt.

Der Vorstand.

Die Abrechnung vom Stiftungsfest der Zimmerer findet am Donnerstag, dem 19. Oktober, abends 8 Uhr, bei F. Mohr statt.

Am Sonntag, dem 15. Oktober, ist in der Garderobe im Gewerkschaftshaus ein Schirm stehen geblieben. Abzuholen gegen Erstattung der Insertionskosten bei Aug. Ehlers, Blanckstraße 20a, part.

Lastadiearbeiter!

Sektions-Versammlung

Donnerstag, 19. Okt.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstrasse 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Der Vorstand.

Gesangverein „Eintracht“.

General-Versammlung

Donnerstag, 26. Oktbr.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über die Verschmelzung zum Sängerchor.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Liederabend.
4. Weihnachtsfest.
5. Maskenball resp. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsverein.

Lübeck.

General-Versammlung

Donnerstag, 19. Oktbr.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Festsetzung des Winter-Lehrplans.
2. Unsere Winter-Veranstaltungen.
3. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Friedrichshof.

Der Benefiz-Ball

findet nicht am 21. Oktober, sondern

am 24. Oktober

statt. **Die Bedienung.**

Gesangverein „Einigkeit“ Schlutup.

Banner-Weihe

am Sonntag, 22. Oktober 1911

in sämtlichen Räumen des Gasthofes „Zur Post“.

Nachmittags 2½ Uhr: **Empfang der auswärtigen Vereine im Gasthof „Zur Linde“.**

Nachmittags 3 Uhr: **Banner-Weihe im Gasthof „Zur Post“.**

Weiherede, gehalten vom Reichstagsabgeordnet. **Th. Schwartz.**

Nachher: **Umzug durch den Ort.**

Beginn des Balles 5 Uhr.

Eintrittspreis für Fremde 1 Mk., einzelne Dame 30 Pfg.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Das Komitee.

NB. Die umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.

Dilettanten-Klub Freiheit.

Gr. theatralischer Abend

am Donnerstag, 19. Oktbr. 1911

im Konzerthaus „Flora“,

Nebenhofstraße.

Zur Aufführung gelangt:

Der Denunziant.

Gr. Schauspiel in 4 Aufzügen.

Kassenöffn. 7½ Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Eintritt 30 Pf. Programm frei.

Kinder die Hälfte.

Stadthallentheater.

Donnerstag, den 19. Okt. 8 Uhr.

Zum letzten Male!

Die Dollarprinzessin.

Operette von Leo Fall.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Ros,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 19. Oktober. 8 Uhr.

Voll-Abonn. 29. Donnerstag-Ab. 5.

Meyers.

Schwank von Friedmann-Frederich.

Freitag, 20. Oktober. 7½ Uhr.

Gastspiel Grete Braun

vom Hamburger Operetten-Theater.

Der Bettelstudent.

Operette von Millöcker.

Laura — — Frl. Braun a. Gast.

In Vorbereitung! Neu!

Tantris der Narr.

Drama von Ernst Hardt.

Für unsere Leser!

Ein **hochinteressantes Originalwerk**

Die französische Revolution

in Wort und Bild.

Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text

bieten wir unseren Lesern

zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

---

lässt manche Hausfrau den Wert einer guten Margarine nicht erkennen. Man sollte, um sich eines Besseren zu belehren, nur einmal einen Versuch machen mit Deutschlands besten Marken

Rheinperle

-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo

-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa

feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

Die beliebtesten Butter-Ersatzmittel in millionenfacher Verbreitung. Ueberall erhältlich!

Rheinperle
Solo
Cocosa

Alleinige Fabrikanten:
Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen
G. m. b. H. Goch.

statt

Butter

das beste!

HANSA THEATER

Täglich abends 8¼ Uhr:

Origin.-Parisiana-Gastspiel

mit d. neuest. Schlag. d. Saison.

Das starke Stück.

Schwank in 1 Akt von Jul. Heck.

Er — Sie und Jener.

Schwank i. 1 Akt v. Neumann-Hofer

!! BEREGISS !!

Drama in 1 Akt v. André de Lorde und P. Chaine.

Die unmoralische Wohnung

Schwank in 1 Akt v. Alex. Engel.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten wochentags gültig.

Bungeschen Speise-Essig ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum Stiftungsfest

am Sonnabend, d. 4. November 1911

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.

Das Komitee.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 244. Mittwoch, den 18. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 17. Oktober 1911.

190. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch zunächst niemand, dann die Staatssekretäre Delbrück und Lisco.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz begrüßt die Erschienenen, hofft, daß der Reichstag einen möglichst großen Teil des Restes seiner Aufgaben wird erledigen können und gedenkt der verstorbenen Abg. Hug (Z.), Frank-Ratibor (Z.) und Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vereinigung), deren Andenken das Haus in der üblichen Weise ehrt.

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Eine Reihe Petitionen werden debattelos nach den Kommissionsvorschlägen erledigt.

Eine Petition auf Zulassung der Antiquaschrift, über die bereits in einer früheren Sitzung ausgiebig debattiert war, wird durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Steinbrüchen und Steinhauereien wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf Überweisung zur Berücksichtigung als Material überwiesen. Ein sozialdemokratischer Antrag über die in derselben Petition enthaltene Forderung eines Pflastersteinzolles zur Tagesordnung überzugehen, wird abgelehnt und auch diese Forderung wird als Material überwiesen.

Eine Petition auf Ausdehnung der Fleischbeschau bei Hausschlachtungen wird durch Übergang zur Tagesordnung erledigt unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Berücksichtigung.

Der Ruf nach dem Zuchthausgesetz.

Der Zentralausschuß der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands und einiger anderer Unternehmerverbände petitionieren um Maßnahmen zum

Schutz der Arbeitswilligen

und zum Schutz der Gewerbetreibenden gegen Boykott usw.

Die Kommission beantragt Überweisung als Material.

Raab (WVgg.): Der Mittelstand bedarf eines erhöhten Schutzes gegen die sozialdemokratischen Boykottmaßnahmen. Wenn er nicht untergehen soll, muß die Gesetzgebung ihn schützen. (Bravo! rechts. — Ironischer Zuruf b. d. Soz.: Kauft nicht bei Juden.)

Robert Schmidt (Soz.): Wir beantragen Übergang zur Tagesordnung. Die Antisemiten, die fortgesetzt die Juden boykottieren, nur, weil sie Juden sind, haben am allerwenigsten Recht, über Boykott zu klagen. Ich erinnere ferner an den Terrorismus der Unternehmerverbände gegen einzelne widerstrebende Unternehmer. Wir verlangen gleiches Recht für alle. (Bravo! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung des Antrages Albrecht auf Übergang zur Tagesordnung, für den Sozialdemokraten und Freisinnige stimmen, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Der Terrorismus der Bergherren.

Eine Petition der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verlangt die amtliche Kontrolle der Zwangsarbeitsnachweise und Herbeiführung paritätischer Arbeitsnachweise. Die Kommission beantragt Verweisung der Petition zur Erwägung.

Hue (SD.): Die Verhandlungen, die wir hier zu wiederholten Malen über die Zechenarbeitsnachweise im Ruhrrevier gehabt haben, beweisen die Berechtigung der in der Petition aufgestellten Forderungen. Einen weiteren Beweis dieser Notwendigkeit führen die Generalversammlungen der Zechenvereine, wo die Herren unter sich sind und darum ihr scharfmacherisches Herz enthüllen. Selbst wenn die Verwaltung der Zwangsarbeitsnachweise eine andere wäre, so würde doch die öffentliche Meinung paritätische Nachweise verlangen. So wie die Zwangsarbeitsnachweise gehandhabt werden, sind die Unternehmer

Ankläger, Richter und Strafvollstrecker in ein und derselben Person.

Ein solcher Rechtsgang schlägt jedem Rechtsempfinden ins Gesicht. Angeblich handelt es sich um eine Kontrolle kontraktbrüchiger Arbeiter, tatsächlich handelt es sich um eine Verrufserklärung bestimmter Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung. Und geradezu eine

Barbarei und Brutalität sondergleichen

(Lebh. Zust. bei den Soz.) ist es, daß die Arbeitsnachweise auch dazu gebraucht werden, um Leute auszuschließen, die durch irgend einen Unfall einen Teil ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Gegen Steiger, die sich weigern, den Zechenverwaltungen als willenlose Werkzeuge gegen die Arbeiter zu dienen, wird in einer Weise vorgegangen, die alle Merkmale vollendeter Erpressung aufweist. (Hört, hört! bei den Soz.) Trotz aller Versprechungen floriert der Unfug der schwarzen Listen weiter. Gewiß ist der starke Stellenwechsel auch nicht im wahren Interesse der Arbeiter, aber der Wechsel hat nach Einführung der Zwangsarbeitsnachweise zugenommen, nicht abgenommen; das beweist, daß er nicht auf dem Kontraktbruch beruht, sondern auf anderen Gründen. Der Gutachter einer Minderheit im Konsortium der Zeche Borussia hat mit aller Deutlichkeit erklärt, wie das Rezept gegen den Stellenwechsel lautet: Bessere Behandlung und gerechtere Festsetzung des Gedinges. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man versuche es einmal damit, und der Belegschaftswechsel wird nicht mehr so stark sein. Dann würde man auch ohne ein solches Zwangsinstitut eine ständigere Belegschaft bekommen. Was sehen wir aber statt dessen? Wir sehen trotz der riesigen Teuerung und trotz angestrengter Arbeit ein

ständiges Zurückgehen der Löhne.

Überall, im Saarrevier, in Ober- wie in Niederschlesien sind die Löhne gesunken, die gesamte Bergarbeiterschaft Preußens hat seit 1907

170 Millionen Lohneinbuße erlitten.

(Lebh. hört! hört! b. d. Soz.) Auf allen Zechen wird hierin in gleicher Weise gesündigt. Unter solchen Umständen wird Kontraktbruch zur Notwehr. Verarmung und Elend steigen andauernd. Daß die vier Bergarbeiterverbände in der vergangenen Woche zusammengekommen sind, um sich über die Lohnfrage zu verständigen, ist ebenfalls ein Beweis für die ständige Verschlechterung der Lohnverhältnisse. Die Forderungen der Petition sind verständig und gerecht. Nicht nur gegen die Koalitionsfreiheit richten sich die Zwangsnachweise, sie gehen auch direkt darauf hinaus, durch massenhafte Heranziehung von Arbeitern aus zurückgebliebenen Gegenden die

Reservearmee zu vergrößern,

um durch sie einen Druck auf die Arbeiter und Arbeiterlöhne auszuüben. Eine Katastrophe von unübersehbaren Folgen wird kommen, wenn dieser Entwickelung nicht entgegengetreten wird, zumal auch die Gerichte in jenem Revier, wie ein mir vorliegendes Urteil des Essener Landgerichts zeigt, sich völlig vom Geiste des Bergkapitals angekränkelt zeigen. Wieder wie vor dem großen Bergarbeiterstreik von 1905 will ich meine warnende Stimme erheben. Wird der Willkür nicht entgegengetreten, wird es zu einer

Katastrophe

kommen, die jenen Streik weit hinter sich lassen wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Behrens (Wirtsch. Vereinigung): Leider scheint die Regierung den Arbeitgebern zuliebe das Arbeitskammergesetz scheitern lassen zu wollen. Damit sind die Arbeiter wieder um eine Hoffnung ärmer. Wir sind für paritätische Arbeitsnachweise. Mißbraucht werden können freilich auch sie, z. B. können durch einen Tarifvertrag bestimmte Arbeiterkategorien ausgeschlossen werden. Das zeigen erst wieder die Vorgänge beim Buchdruckertarif, die in nicht sozialdemokratischen Kreisen das größte Mißtrauen hervorgerufen haben. Daß die Stimmung im Ruhrrevier keine günstige ist, gebe ich zu. Man sollte aber das Verlangen nach einem allgemeinen Streik nicht fordern.

Die Debatte schließt. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Petition des deutschen Metallarbeiterverbandes betreffend Hüttenarbeiterschutz beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Verschärfung der Betriebskontrolle, größeren Gesundheitsschutz und Beseitigung der Unsicherheit in der Entlohnung verlangt, und als Material, soweit sie die Schaffung eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes verlangt.

Giesberts (Z): Die Bundesratsverordnung zum Schutz der Hüttenarbeiter hat ein völliges Fiasko erlitten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Deshalb soll endlich mit dem gesetzlichen Schutz für diese Arbeiterkategorie Ernst gemacht werden. Angesichts der glänzenden Dividenden der Großeisenindustrie müssen auch die Arbeiterverhältnisse verbessert werden. (Bravo!)

Hue (SD.): Als ich zuerst für den Hüttenarbeiterschutz eintrat, begegnete ich in diesem Hause dem lebhaftesten Widerspruch. Jetzt hat sich erfreulicherweise die große Mehrheit der Abgeordneten von der Notwendigkeit dieses Schutzes überzeugt. Auch Herr Giesberts hat heute bestätigen müssen, daß die Bundesratsverordnung ein völliges Fiasko erlitten hat. 24stündige Schichten existieren auch heute noch, die Sonntagsarbeit hat sich nicht vermindert, sondern sogar vermehrt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei könnte die 8-Stunden-Schicht auch in den Feuerbetrieben ganz gut durchgeführt werden. Die Petition geht von einem schrecklichen Unglück aus, das sich am 10. Dezember 1910 in der Stahlaußformerei des Bochumer Vereins ereignet hat, wobei vier Arbeiter in gräßlicher Weise verbrannten. Solche Unfälle ereignen sich in der Großeisenindustrie fast jede Woche. Deshalb beantragen wir auch die Forderung auf Schaffung eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Weiter verlangen die Petenten auch größeren Gesundheitsschutz. In dieser Beziehung haben die Unternehmer seit Jahren schwer gesündigt und die Regierung beugt sich vor ihnen und ihren Klagen, sie könnten die sozialen Lasten nicht tragen. Dabei sind die Überschüsse in der Hüttenindustrie beständig gestiegen und zwar erheblich gestiegen — da sollte man also mit diesem Gerede endlich aufhören. Wir werden die Arbeiter darüber aufklären, daß nur der Einfluß der Unternehmer die Regierung verhindert hat, trotz des reichhaltig von uns beigebrachten Materials noch immer kein Hüttenarbeiterschutzgesetz vorzulegen. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Unter Ablehnung des Antrags Hue wird der Antrag der Kommission angenommen.

Das Haus vertagt sich. Es sind Interpellationen der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen über die auswärtige Lage eingegangen. — Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellationen, Privatbeamtenversicherungen.)

Schluß 4½ Uhr

Aus der Partei.

Bezirksparteitag für Magdeburg. Der Sozialdemokratische Bezirksverband Magdeburg hielt am Sonntag seinen sechsten Bezirkstag ab. Der Parteivorstand war durch den Genossen Müller vertreten. Dem gedruckt vorliegenden Bericht des Bezirksvorstandes ist zu entnehmen, daß seit 1906 die Beitragseinnahmen von 21 755,21 auf 97 036 05 Mk. gestiegen sind. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 8772 auf 21 518. Im Berichtsjahre wuchs die Mitgliederzahl um 2525. Den 21 518 in der Partei Organisierten, darunter

---

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Das Wort Mumm hatte Frobel junior auf einen Gedanken gebracht, wenn auch nicht im Sinne Ninas, die alles für Sekt trank, wenn es nur moussierte. Er setzte noch das „Kompagnie" hinzu, und die echte Champagnerfirma war fertig. Weshalb sollte er es sich auch nicht leisten, wenn er drei funkelnagelneue Bläulinge in der Tasche hatte, die er sich kurz vor seinem Weggange vom Kassierer Kopplin hatte geben lassen? Er steckte zwar schon im Vorschuß, aber Kopplin hatte es gern auf seine Kappe genommen, weil Weihnachten vor der Tür stand und die Frau Chef in solchen Dingen sehr liberal dachte.

Also leben und leben lassen, immerhin noch in beschränktem Maße, wie sich Günther mit gutem Gewissen einredete, denn andere Söhne großer Häuser, nicht viel älter als er, hatten größere Summen in der Tasche. Er tröstete sich schon damit, bisher immer als äußerst solide gegolten zu haben und nicht zu solcher blöden Verschwendung wie Herr Gerhard zu neigen, der mit dem Doppelten monatlich nicht auskam und die Dickfelligkeit besaß, gewisse Rechnungen, die eigentlich zu seinem Taschenetat gehörten, an der Geschäftskasse präsentieren zu lassen.

„Auf dein Spezielles, du Schelm!" Damit stieß er mit ihr an und sah ihr in die lachenden Augen, die so harmlos wie zwei spiegelblanke Blautupferchen in weißem Email schwammen, dunkel berändert oben und unten. Und dazu das gerade, weiße Näschen, der zarte, fleckenlose Teint im vollen Fleischoval, der rotsaftig gebettete Mund, der verheißungsvolle Hals — Himmel, er hätte sie gleich wieder beim Schopf nehmen können, um ihr seine Kraft von neunzehn Jahren zu beweisen, richtiger von „zweiundzwanzig".

„Belieben die Herrschaften dann ein Souper? . . . Zu drei Mark vielleicht?"

Warum sie der blasse Schlingel nur erst fragte! Man trank doch nicht den teuren Tropfen, um ein Kotelett mit Kohlrüben zu genießen. Überdies ärgerte er sich über den Monokelonkel am Fenster, der seine unverschämten Blicke nicht lassen konnte.

„Hören Sie mal, Kellner — stellen Sie doch mal so etwas zusammen, etwa so ein Souper zu fünf Emm." sagte er überlaut, so daß es die drei am Fenster hören mußten.

Der Serviettenschwenker mit dem verzeichneten Josef-Kainz-Gesicht dienerte und machte zurückgekehrt, unter tiefer Verbeugung seine wohlgemeinten Vorschläge. Günther nickte nur; es war schon genug, wenn die Kleine die Wünsche äußerte, ein wenig plappernd nach ihrer Art. Und nun erhob er sich zu seiner ganzen Größe und ging, jeder Zoll ein hübscher, sehniger Kerl, die paar Schritte bis zum Nebenraum und markierte den Suchenden, um dann wieder an den Tisch zurückzukehren und einen Seitenblick auf den Monokelonkel zu werfen, als wollte er ihm andeuten: So sehe ich aus, wünschen Sie was? Aber es war nur eine Minute aufflackernden Grimmes und dummer Großmannssucht; dann war er wieder der heitere Junge, der vornehm seine Umgebung übersah und nur Augen für sein Mädel hatte.

Die Gäste kamen und gingen, und schon schwirrte die Unterhaltung lauter an den besetzten Tischen, ungestört durch die gewohnheitsmäßige Musik, die nur gedämpft erschallte, um das Ohr nicht zu belästigen.

„Nanu, die Alten? Herrjeh, wo kommen die denn her?"

Nina, noch den Bissen im Munde, heuchelte einen kleinen Schreck. Und auch Günther, der den Eingang gerade vor sich hatte, blickte angstvoll auf, denn er glaubte nicht anders, als daß die Häupter der Familie Frobel sich verschworen haben könnten, heute wiederum Kunst zu simpeln, um sich diesmal hier zu stärken; aber nein, Gott sei Dank: er sah nur fremde Gesichter.

Zwei dicke Menschen, wie es schien ein Ehepaar, trugen ihre Bäuche voran, etwas herausfordernd zwar, aber doch mit der Miene von Leuten, die zuerst glauben, durch eine falsche Tür geraten zu sein. Dann aber, beim Anblick des geliebten Kindes, wich die Verlegenheit; der Mut der Selbstgefälligkeit stieg, und bei doppeltem Kopfnicker glänzten schon von ferne die Gesichter vor heller Freude. Und so kamen sie allmählich näher, Frau Käsemann, ganz in brauner Seide, die Hände über dem Leib verschlungen, und Herr Käsemann, ein Falstaff im Smoking, die derben Hände herunterhängend, ähnlich zwei roten Köfferchen, die er immer mit sich herumtragen müsse. Natürlich waren sie auch ohne Hut, denn sie hatten die Garderobe draußen gelassen. Und so machten sie, festlich gekleidet, fast den Eindruck, als wollten sie noch einmal den Weg zum gemeinsamen Bunde antreten; diesmal aber nur zum Heile ihrer Ziehtochter.

Frobel junior ahnte schon, aber er kam nicht bis zur Frage; denn Ninas Flötenstimme betörte seine Ohren. „Ich bitt dich, Süßer, sei nicht bös, nein? Wo die nur herkommen? Schau, schau." Das hatte sie auch so von der Wiener Kollegin: manchmal zu „schauen", wo andere einfach sahen. Und rasch raunte sie ihm noch zu, daß man sie bald abwimmeln werde, denn sie würden um späte Stunde niemals „alt".

„Wie kommt denn ihr hierher? Nee, ist das ein Zufall."

„Na, doch wohl 'n hübscher, Anneken," meldete sich sofort Frau Käsemann mit ihrem asthmatischen Luftzug in der Kehle. „Wir waren im Theater, Nina, und da sahen wir dich," verbesserte sie sofort ihre Ungeschicklichkeit, da ihr Mann sich geräuspert hatte. „Na, und da sind wir auch mal hier reingeraten . . . . Herr Frobel, nicht wahr? Ich kenne Sie schon vom Hörensagen, mir eine große Ehre, eine sehr große. Bleiben Sie ruhig sitzen, wir werden nicht stören."

Und ihr Turmbau auf dem Kopfe nickte immer mit, sobald das breite Gesicht, süßlich lächelnd, nach unten ging, so daß das Kinn sich wie ein Fettpolster auf die Busenwölbung legte. Dann begann sie vorzustellen: „Mein lieber Mann — Herr Frobel junior von der Firma Frobel."

„Weltbekannt, weltbekannt," bestätigte Herr Käsemann, wie es schien, weniger asthmatisch als seine Gattin, denn seine verschleimte Stimme floß über, als er sich sofort in Komplimenten über die Firma Frobel erging, die entschieden der Beginn eines kleinen kaufmännischen Vortrages sein sollten. Ninachen aber durchschnitt sofort diese Einleitungen mit der Aufforderung, doch ein wenig Platz zu nehmen, natürlich, wenn Herr Frobel nichts dagegen habe. Und als Günther dazu nickte, sagte sie neckisch: „Ist es nicht ulkig, daß ich hier schon zwei Stühle umgekippt hatte, um Ekel zu verscheuchen?"

„Ahnungen, Ahnungen, mein Kind," sagte Herr Käsemann; er setzte sich mit ein paar Entschuldigungsworten sofort fest und kehrte das vollwangige Gesicht mit den vergrabenen Äuglein, der verdächtig geröteten Nase und dem brenzlichen Mottenbackenbart mit Kennermiene dem Sektständer zu, obgleich er so nebenbei bescheiden zur Weinkarte griff.

Natürlich spielten alle drei eine kleine Komödie, denn dieses Zusammentreffen war eine Verabredung, da die Eltern eine erklärliche Sehnsucht hatten, den teuren jungen Mann aus so guter Familie auch einmal bei Licht zu sehen: natürlich auch bei Sekt, denn das hatten sie vorausgesetzt — unter Ninas gütiger Beihilfe.

(Fortsetzung folgt).

9736 Genossinnen stehen im Bezirk 49 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegenüber. Im verflossenen Jahre standen einer Einnahme von 18 575,55 Mk. an Ausgaben 19 096,15 Mk. gegenüber. An Flugschriften und Broschüren wurden 1 239 700 sowie 508 000 Exemplare des Landarbeiteragitationsblattes „Landpost" verbreitet. In dem Bericht werden u. a. auch die polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen im letzten Jahre geschildert, wobei vornehmlich die Versuche der Amtsvorsteher, den Sozialdemokraten die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel unmöglich zu machen, dargelegt werden. Manches davon ist ja schon bei der weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Der Amtsvorsteher Koyel von Preuß. Börnecke versagte die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel u. a. mit der Begründung, „daß in unmittelbarer Nähe des Versammlungsplatzes ein öffentliches Lokal liegt, wo die Versammlungsteilnehmer vor der Versammlung bereits Gelegenheit zum Einnehmen von geistigen Getränken haben und in Erwartung der öffentlichen Versammlung sich erfahrungsgemäß den nötigen Mut antrinken." Von vielen Fällen wird berichtet, daß die behördlichen Organe auch nicht das geringste Maß von Kenntnis des Reichsvereinsgesetzes besaßen. Der Bericht über den Stand der „Volksstimme" zeigt einen erfreulichen Aufstieg. Ihre Auflage beträgt gegenwärtig über 30 000. Die Einnahmen für Abonnements betrugen im Berichtsjahre 167 777,58 Mk., die für Inserate 157 838,68 Mk. Die Druckerei der „Volksstimme" ist im letzten Jahre auch in technischer Beziehung weiter erheblich verbessert worden. So wurde beispielsweise eine neue 32seitige Rotationsmaschine angeschafft, mit der eine Bilderdruckmaschine verbunden ist, die es der „Volksstimme" ermöglicht hat, als erstes Parteiblatt ein neues Bilderdruckverfahren in Anwendung zu bringen, das hoffentlich in der Agitation gute Dienste leisten wird. In der Diskussion wurden wenig Einwendungen gegen die Tätigkeit der Bezirksleitung erhoben. Der Reichstagskandidat für Magdeburg, Genosse Landsberg, hielt dann einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen, wobei er die Wahlaussichten der acht Kreise des Bezirks einer Betrachtung unterzog. Zum Vorsitzenden wurde Fabian-Magdeburg wiedergewählt.

Rückzug eines Verleumders. Wie unseren Lesern bekannt, war unser Genosse Hengsbach vor einiger Zeit böswilligen Verleumdungen unserer Gegner ausgesetzt. In den von ihm angestrengten Beleidigungsprozessen wurde der wahre Sachverhalt schnell aufgeklärt. Einer der Verleumder, der Bergmann Jugelt, wurde zu der hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis vom Schöffengericht zu Duisburg-Ruhrort verurteilt. Die Strafe fiel so hoch aus, weil das Gericht aus den eigenen Angaben des Jugelt zu der Überzeugung kam, Jugelt habe die über Genossen Hengsbach in einer nationalliberalen Versammlung in Schmidthorst geäußerten Verleumdungen wider besseres Wissen in die Öffentlichkeit geschleudert. Obwohl es für Jugelt kein Entrinnen gab, so hatte er doch in Anbetracht der recht empfindlichen Strafe Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil erhoben. Vor der Strafkammer machte Jugelt nun keinen Versuch mehr, irgendwelche Ausflüchte zu gebrauchen, ließ vielmehr schon vor Eintritt in die Verhandlung durch seinen Verteidiger erklären, daß er die weitestgehende Ehrenerklärung abzugeben bereit sei, wenn Genosse Hengsbach seinen Strafantrag zurückziehen wolle. Genosse Hengsbach ließ sich schließlich aus Rücksicht auf die unter harter Bestrafung des Jugelt am meisten leidende Familie des Jugelt bereden, den Strafantrag zurückzuziehen, nachdem folgende Erklärung zu Protokoll gegeben war. „Der Angeklagte nimmt die Äußerung, daß der Privatkläger sich auf sittlichem Gebiete verfehlt habe, zurück. Er erklärt, daß diese Äußerung ohne jegliche Grundlage war, und bedauert es sehr, sie getan zu haben. Der Angeklagte übernimmt die Kosten des Verfahrens und verpflichtet sich, binnen vier Wochen 1. in der „Rhein- und Ruhrztg.", 2. in der Niederrheinischen Arbeiterzeitung", 3. in den „Niederrheinischen Nachrichten", 4. in der „Hamborner Volkszeitung" auf seine Kosten folgendes zu veröffentlichen: „Ich erkläre, daß ich meine Äußerung am 14. Mai 1911 in einer Versammlung in Schmidthorst, daß der Reichstagsabgeordnete Hengsbach sich auf sittlichem Gebiete verfehlt habe, als vollständig unbegründet zurücknehme und es bedaure, sie getan zu haben. In dem Privatklageprozeß über diese Äußerung habe ich dieselbe Erklärung abgegeben und mich zur Übernahme der Kosten und zur Bekanntmachung dieser Erklärung in vier Zeitungen verpflichtet.

Paul Jugelt."

Parteitag für die obere Rheinprovinz. Am 15. Oktober fand in Kreuznach der Parteitag für den Agitationsbezirk obere Rheinprovinz statt. Er war aus 17 Reichstagswahlkreisen beschickt. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin Zietz (Berlin) erschienen. Der vom Bezirkssekretär Hofrichter (Köln) erstattete Bericht des Agitationskomitees umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 30. Juni 1911, also 18 Monate. Die Zahl der Parteimitglieder belief sich auf 11 266 gegen 10 826 zu Anfang der Berichtszeit. Darunter befanden sich 1021 (gegen 868 am 1. Januar 1910) weibliche Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 20 567 Mk., die Ausgaben 19 877 Mk. Im Agitationsgebiet gingen in der Berichtszeit 79 734 Mk. an Parteibeiträgen ein. Es wurden 326 000 Wahlrechtsflugblätter, 225 000 Agitationsschriften verschiedener Art, 260 000 Wahlflugblätter, 205 000 Flugblätter verschiedener Art, sowie 120 000 Agitationskalender verbreitet. Genossin Zietz gab der Anerkennung des Parteivorstandes Ausdruck über die intensive, systematische Arbeit der Genossen in diesem völlig vom Zentrum beherrschten Bezirk. Sprunghafte Fortschritte seien hier ausgeschlossen; jeder Zoll müsse dem Klerikalismus, der mit den verwerflichen Mitteln des Gewissenszwanges arbeitet, abgerungen werden. In der Debatte befaßte man sich eingehend mit der Frauenagitation. Vielfach wurde dargelegt, daß der Wochenbeitrag von 10 Pfg. zu hoch für die Frauen sei; man möge ihn herabsetzen und die obligatorische Lieferung der „Gleichheit", die von vielen organisierten Frauen nicht gelesen werde, abschaffen. Gegen den letzten Antrag sprachen insbesondere die Mitglieder des Bezirkskomitees. Genossin Zietz empfahl, die Genossinnen so zu schulen, daß sie der Lektüre der „Gleichheit" gewachsen seien. Der Parteitag beschloß, den Frauenbeitrag in der bisherigen Weise bestehen zu lassen und die „Gleichheit" wieder obligatorisch zu liefern. Dem Agitationskomitee wurde ein Antrag überwiesen, wonach ein Flugblatt herausgegeben werden soll, das in leicht verständlicher Weise über die Liebesgabenpolitik und die Einfuhrscheine Aufklärung in die breiten Massen trägt. Über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach Meerfeld (Köln). Er forderte schärfste Bekämpfung des Zentrums, dessen Einfluß verderblich auf dem gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben Deutschlands laste.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Buchdrucker über den neuen Tarifabschluß. Eine von etwa 10 000 Buchdruckern besuchte Versammlung in Berlin nahm Sonntag vormittag zu dem neuen Tarifabschluß Stellung. Gauleiter Massini berichtete eingehend über die Tarifverhandlungen, die sich diesmal besonders schwierig gestaltet hätten. Als wesentliche Ergebnisse bezeichnete er die durchschnittliche 10 prozentige Lohnerhöhung, die von den Prinzipalen an Stelle der geforderten 12½ bewilligt wurde, und die Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine halbe Stunde, die 76 Proz. aller Beschäftigten zugute komme. Der Tarif erfülle zwar nicht alle Wünsche der Gehilfen, bringe aber wesentliche Vorteile für die Gesamtheit im Reiche, weshalb die Gehilfenvertreter ihm zugestimmt hätten; der Friede im Gewerbe sei unter solchen Umständen einem folgenschweren Kampfe vorzuziehen. In der ausgedehnten Debatte erklärten sämtliche Redner ihre Unzufriedenheit mit dem neuen Tarif, der den Forderungen der Gehilfen nur wenig gerecht geworden sei. Der zweite Vorsitzende des Zentralvorstandes, Graßmann, verteidigte die Stellungnahme der Gehilfenvertreter und erklärte, daß der Vorstand wohl die Möglichkeit eines Kampfes ins Auge gefaßt habe, aus schwerwiegenden Gründen aber von diesem Mittel zur Durchführung weitergehender Forderungen Abstand nehmen müsse. Die öffentliche Meinung hätte bei einem Kampfe gewiß nicht auf seiten der Gehilfen gestanden, die doch eine Lohnerhöhung von 10 Prozent erreicht haben. — Aus der Mitte der Versammlung waren zwei Resolutionen eingegangen. Der Versammlungsleiter Albrecht sprach sich gegen die Annahme einer Resolution aus, da nach den letzten Verbandstagsbeschlüssen die Gehilfenvertreter allein Vollmacht zum Abschluß des Vertrages hätten. Die Versammlung verlangte aber stürmisch die Abstimmung. Die erste Resolution, die den Tarif mißbilligt und die Haltung der Prinzipalsvertreter verurteilt, aber die Tätigkeit der Gehilfenvertreter anerkennt, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Mit überwältigender Mehrheit wurde dagegen eine Resolution angenommen, die die völlige Unzulänglichkeit des neuen Tarifs behauptet und schließt: „Die Berliner Buchdrucker lehnen die Verantwortung für die seitens der Gehilfenvertreter getroffenen Vereinbarungen ab in der Überzeugung, daß sie der in Hannover aufgestellten Richtschnur keineswegs entsprechen können. Die Versammelten geben der Meinung Ausdruck, daß nur durch eine Erweiterung des Mitbestimmungrechts bei Beschlüssen von einschneidender Bedeutung für die Gehilfenschaft eine Wandlung in der Tarifpolitik herbeigeführt werden kann." — Die Buchdruckergehilfen des Tarifkreises Sachsen, die 5000 Mann stark am Sonntag in Leipzig tagten, haben nach vierstündiger Verhandlung mit großer Mehrheit den neuen Tarif angenommen, obwohl sie erklärten, daß ein Ausgleich für die gestiegenen Wohnungsmieten und Lebensmittel durch den Tarif nicht geboten werde. In der zehnprozentigen Aufbesserung der Tarifsätze wird lediglich eine Konzession erblickt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Prinzipale auch in loyaler Weise die Löhne derjenigen Gehilfen regeln werden, die schon jetzt drei Mark über dem Minimum verdienen und daher keinen Anspruch auf die zehnprozentige Lohnerhöhung haben. Der Versuch, den Tarif in der festgesetzten Form zur Ablehnung zu bringen, erzielte nur eine starke Minorität. Der Gauvorsitzende Engelbrecht erklärte, man könne nicht alles von der Gewerkschaft erhoffen, sondern auch die politische Betätigung sei notwendig.

Die tariftreuen Buchdruckereibesitzer Berlins nahmen in überaus stark besuchter Versammlung ebenfalls zu dem neuen Tarif Stellung. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten sie sich, trotz der neuen Opfer, die der Tarif verlange, mit dem Abschluß einverstanden.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Mühlenarbeiter in Breslau. Nach dem Zusammenschluß des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes ist es gelungen, sämtliche in den Breslauer Mühlen beschäftigten Arbeiter bis auf wenige Ausnahmen der Organisation zuzuführen. Infolgedessen wurde den Mühlen ein Tarif unterbreitet, der entgegen dem bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnis, in bezug auf Lohn, Überstunden, Urlaub, Entschädigung bei Krankheit und militärischen Übungen, erhöhte und verbesserte Bestimmungen vorsah. In den wiederholten Verhandlungen, die zwischen den Vertretern des Verbandes und den sechs Mühlenbesitzern stattfanden, kam eine Einigung zustande. Neben der Festsetzung und Abgrenzung der Arbeitszeit wird sämtlichen Arbeitern eine sofortige Lohnzulage von 1,70 Mark pro Woche zugestanden. Die bisher üblichen Anfangslöhne werden um die Lohnzulage erhöht. Den Kutschern wird das Putzen und Füttern der Pferde an Sonn- und Feiertagen besonders bezahlt, was bisher unentgeltlich geschah. Den Landkutschern wird das Zehrgeld pro Tour um 25 Pfg. erhöht. Alle Arbeitnehmer erhalten nach einem Jahr drei Tage, jedes Jahr weiter einen Tag mehr Erholungsurlaub bis zu einer Woche bei Fortbezahlung des Lohnes. Bei militärischen Übungen erhalten die Verheirateten täglich bis zu 14 Tagen eine Mark Zuschuß. Desgleichen wird bei Krankheit den Verheirateten für die erste Woche der Krankheit täglich eine Mark zum Krankengeld zugezahlt. An der Bewegung sind 180 Personen beteiligt, die zur übergroßen Mehrheit im Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband organisiert sind. Der Rest gehörte dem Transportarbeiter-, sowie Maschinisten- und Heizer-Verband an. Beide Verbände waren bei den Verhandlungen mitvertreten und sind Mitkontrahenten des Vertrages.

Achtung Schuhmacher. Die Arbeiter der Schuhfabriken in Schwenningen a. N. (Württemberg) sind am Sonnabend, dem 14. Oktober, in den Ausstand getreten, nachdem trotz wiederholter und langwieriger Unterhandlungen seitens der Arbeitgeber nur ganz minimale Erhöhungen der Zeitlöhne und Akkordsätze zugestanden wurden, welche letztere durch die von den Arbeitgebern verlangte Bezahlung der bisher freigestellten Furnituren größtenteils wieder aufgehoben, teilweise sogar eine Verschlechterung bedeuten würden. Die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit um ¼ Stunde pro Tag wurde rundweg abgelehnt, auch für einen späteren Termin. Auch in allen anderen Fragen wurden nur leere Versprechungen abgegeben, steht doch fest, daß z. B. die Firma Haller schon vor zwei Jahren hoch und teuer versprach, einen gerügten Mißstand innerhalb vierzehn Tagen zu beseitigen, was bis heute noch nicht geschehen ist. — Die Arbeiter der Firma H. Dingelacker, Schuhfabrik in Sindelfingen (Württemberg) stehen in einer Lohnbewegung. Nach Einreichung der Forderungen geriet die Firma unnützerweise in große Erregung. Zuerst kündigte sie allen Arbeitern, dann zog sie die Kündigung wieder zurück mit dem Bemerken, daß die Nichtorganisierten eine Lohnzulage von 50 Prozent erhalten. Auch wurde die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag festgesetzt. Diese Maßnahmen sind um so interessanter, als die Firma fortwährend erklärt, nichts bewilligen zu können, das heißt, nichts für die organisierten Arbeiter. Der Zweck der Übung besteht jedoch nur darin, die Arbeiter von der Organisation abwendig zu machen, was ihr aber nicht gelingen wird. Dieser Versuch ist um so verwerflicher, als die Firma selbst organisiert ist und dem deutschen Schuh-Schäftefabrikanten-Verband angehört. Die Arbeiter sahen sich infolgedessen genötigt, die Kündigung einzureichen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der pommersche Landratsprozeß in zweiter Auflage. Vor der Strafkammer des Landgerichts Stettin begann am 16. Oktober vormittags die Verhandlung gegen den Rittergutsbesitzer Becker, der vom Landgericht Greifswald unterm 20. Dezember 1910 wegen angeblicher Beleidigung des Landrats v. Maltzahn in fünf Fällen zu einem Jahr Gefängnis unter Auferlegung der Kosten einschließlich der dem Nebenkläger Landrat Frhrn. v. Maltzahn-Grimmen erwachsenen Auslagen verurteilt wurde. Das Reichsgericht hob am 8. Juli das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Stettin. Den persönlich erschienenen Angeklagten Becker vertritt Rechtsanwalt Bernd, den Nebenkläger Maltzahn Rechtsanwalt Waldow. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Hörich.

Aus Nah und Fern.

Ängstliche preußische Eisenbahner. Eine von ca. 5000 Eisenbahnern besuchte Versammlung in der Neuen Welt in Berlin sollte Sonntag vormittag zur Lebensmittelteuerung Stellung nehmen. Der Vorsitzende wollte den als Gast anwesenden Landtagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann vor Eintritt in die Tagesordnung aus der Versammlung ausweisen, mußte aber, da sich gegen die Ausweisung stürmischer Widerspruch erhob, wiederholt die Versammlung vertagen. Als schließlich Hoffmann, der nicht die Absicht hatte, zu sprechen, sondern nur zu seiner Information der Versammlung beiwohnen wollte, auf die wiederholten Aufforderungen hin den Saal verließ, folgte ihm zirka die Hälfte der Versammlungsteilnehmer. Im Vorraum des Saales wurden von den Abziehenden Ansprachen gehalten, wobei die Leitung des Verbandes der Eisenbahnhandwerker, die die Versammlung arrangiert hatte, heftig getadelt wurde. Man warf ihr Feigheit und Liebedienerei nach oben vor. Im Saale war nach Abzug der einen Hälfte auch die Ruhe nicht wieder herzustellen. Man brachte schließlich kurzerhand eine Resolution zur Abstimmung, die Teuerungsmaßnahmen von der Regierung fordert.

Eine ganze Familie vergiftet. In der vergangenen Nacht wurden in Essen der Tapetenhändler Wördehoff, seine Frau und drei Kinder durch Gas vergiftet tot aufgefunden; zwei andere Kinder waren nur betäubt. Anscheinend liegt Mord und Selbstmord vor.

Schweres Bauunglück in Budapest. Gestern nachmittag um 3½ Uhr stürzte am Rakoczy-Platz das Stiegenhaus eines fünfstöckigen Neubaues ein und begrub 80 Arbeiter. Zwei Tote und 13 Schwerverletzte wurden bald geborgen. Eine Kompanie Pioniere ist eifrig beschäftigt, die Trümmer fortzuschaffen, um die Verunglückten zu retten. Der Gerüst-Einsturz ist durch Überlastung des Gerüstes verursacht worden. Bis 9 Uhr abends sind noch fünf Leichtverletzte geborgen worden.

Opfer der Arbeit. Wie aus Eisenach berichtet wird, ereignete sich am Sonnabend im Schacht Heiligenroda bei Springen ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Der mit zwei Arbeitern besetzte Förderkorb stürzte, als die Bremse versagte, in die Tiefe und wurde zertrümmert. Die beiden Bergleute blieben mit zerschmetterten Gliedern tot liegen.

Ein blutiges Drama hat sich im Amtsgericht zu Oderberg zugetragen. Der 25jährige Arbeiter Paul Schellen schoß nach einem Sühnetermin in seinem Ehescheidungsprozeß zweimal auf seine Frau und verletzte sie lebensgefährlich, dann tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Ein Automobilunglück, bei welchem der Direktor Hardt der Neckarsulmer Fahrrad- und Automobil-Werke und sein Chauffeur schwer verletzt wurden, ereignete sich in Grunewald. Hardt, der seine Firma auf der Internationalen Automobil-Ausstellung vertritt, war auf der Fahrt mit einem Vorführungswagen begriffen, als ein Kind unmittelbar vor dem Kraftwagen, der in mäßigem Tempo fuhr, die Straße kreuzen wollte. Der Chauffeur bremste sofort mit aller Kraft. Durch den plötzlichen Ruck wurde der Wagen mit voller Wucht gegen die Bordschwelle geschleudert, wobei er sich überschlug. Die Insassen flogen im hohen Bogen hinaus und erlitten schwere Verletzungen.

Dem Duellunfug ist in Teichel bei Rudolstadt ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen. Montag nacht fand in der genannten Stadt ein Duell zwischen zwei Gymnasiasten statt. Der 16jährige Obersekundaner von Necker wurde erschossen und der 18jährige Unterprimaner Dietzen leicht verletzt. Dietzen hat sich darauf selbst zwei Schüsse beigebracht, durch die er lebensgefährlich verwundet wurde. Die Ursache zu dem Streitfall soll die Beleidigung eines jungen Mädchens durch Necker sein.

Ein riesiger Sturm hat sehr viel Schaden in ganz Mazedonien verursacht. Dreihundertjährige Bäume wurden entwurzelt. Der Schaden beträgt etwa vier Millionen Franks.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lübeca-Rabattmarken.

tiative der Sozialdemokratie zurückzuführen. Auf Vorschlag unserer Genossen ist eine Untersuchung veranstaltet worden, die ergeben hat, daß in Dänemark 14 200 Witwen und 3100 Witwer vorhanden sind, deren Einkommen unter 800 Kronen im Jahre beträgt. Für die Versorgung kommen rund 30 000 Kinder in Betracht, und die Summe, die pro Jahr für ein Kind aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden soll, ist auf durchschnittlich 72 Kronen berechnet, so daß eine Jahresausgabe von 2 160 000 Kronen erforderlich sein wird. Ein Drittel der Summe soll aus Staatsmitteln, und zwei Drittel sollen aus kommunalen Mitteln aufgebracht werden. Die auf Grund des Gesetzes gewährte Unterstützung soll natürlich nicht als Armenunterstützung gelten, wird also mit keinerlei Einbuße an den Staats- und Gemeinderechten verbunden sein. Es handelt sich bei diesem Entwurf um die ehelich geborenen Kinder, für die außerehelich geborenen ist in ähnlicher Weise schon durch die bestehende Gesetzgebung gesorgt, und weil dies der Fall ist, kann man um so sicherer damit rechnen, daß der neue Entwurf auch die Zustimmung des Reichstags finden wird. Übrigens haben auch unsere Parteigenossen ihre Anträge zu derselben Angelegenheit von neuem eingebracht, und sie werden jedenfalls dahin wirken, daß die Unterstützungsbeiträge nicht gar so niedrig bemessen werden. Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion ihre Vorschläge zur Einführung einer Schulbespeisung von neuem eingebracht, die das Folkething ebenfalls schon in früheren Sessionen beschäftigten, aber bisher nicht die Zustimmung der bürgerlichen Parteien gefunden haben.

Kleines Feuilleton.

Zehn Gebote für Diskussionsredner.

Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungsaustausch der Versammlungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten hin klarlegen und die Versammlung zu einem bestimmten Willensentschluß hinleiten.

Hieraus ergeben sich für die Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat.

1. Rede nur, wenn du was weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst. Ohne dem blamierst du dich und belästigst die Versammlung. Nur der ist verpflichtet zu reden, der was zu sagen hat.

2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und spreche dich darüber aus. Durch unsachliche und nebensächliche Diskussionsreden werden in der Regel die Versammlungen in die Länge gezogen und ihr Zweck vereitelt.

3. Greife bestimmte Punkte aus dem Vortrage heraus. Hüte dich, über alles Vorgebrachte reden zu wollen. Das ist Sache eines Korreferenten. Über einzelne Punkte läßt sich in Kürze etwas Neues sagen, über alles kann man in der Diskussion nur schwatzen.

4. Wiederhole nicht bereits Gesagtes. Habe den Mut, aufs Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst und deine Vorredner dir den Stoff weggenommen haben. Du vergibst dir dadurch gar nichts, sondern gewinnst in den Augen des denkenden Versammlungsteilnehmers.

5. Mache es kurz! Keine lange Einleitung, direkt aufs Ziel los, präzise Ausführung dessen, was man sagen will, das gibt der Diskussionsrede die Würze. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu fassen.

6. Halte keine Zitatenrede! Mit persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen trägst du immer mehr zur Klarlegung der Sachlage bei, als wenn du nur Lesefrüchte oder gar nur Zitate aus Zeitungen, Büchern und Aussprüchen von Rednern vorlegst.

7. Rede nicht im „Ich"-Stile! Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schließlich anwidernden Ton zu verfallen: „Ich habe dies und jenes gesehen"; „ich bin der und der Kerl"; „ich habe dies und jenes erlebt"; „ich habe dies und jenes getan" usw. Die Redner im „Ich"-Stile werden bald nicht mehr ernst genommen.

8. Fordere nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt, damit du deine Wut an dieser oder jener anwesenden oder nicht anwesenden Person ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Radauszenen und Versammlungsauflösungen!

9. „Ich habe gesprochen" oder „dies meine Ausführungen" sind höchst überflüssige Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit zäher Ausdauer anwendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und keinen wirkungsvollen Schlußsatz findet, der höre ohne weiteres auf zu sprechen.

10. Rede nicht immer! Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufseufzt, wenn sie das Rednerpult besteigen. „Natürlich, der wieder"; „muß auch seinen Senf dazu tun" usw.

Der aussterbende Uhu.

Aus dem Pfälzerwald wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Der Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers, der einem der seltensten Nachtraubvögel, dem Uhu, ganz besonderen Schutz zuspricht, lenkt die Aufmerksamkeit auf das Schicksal dieses aussterbenden, in Jagdgeschichte und Volkssage so vielfach verherrlichten Raubvogels. Wohl nur selten ist es in unserer Zeit einem Tierliebhaber, Vogelkundigen oder Jäger vergönnt, den „König der Nacht", den gewaltigen Aar, wie er in der Jägersprache heißt, in Freiheit zu beobachten. Mehr und mehr fiel der Uhu der fortschreitenden Forstkultur zum Opfer, und jetzt ist man so weit, daß der Vogel als Naturdenkmal anzusehen ist. Schon seit Jahren haben Vogelbeobachter auf das Aussterben des Uhus hingewiesen und sind warm für die Erhaltung der Art eingetreten. In Nr. 30 des Jahrgangs 1906 der „Bayer. Forst- und Jagdzeitung" findet sich ein trefflicher Aufsatz von Schiller-Tietz „Vom aussterbenden Uhu", wo lebhaft der Erhaltung des Vogels das Wort geredet wird. Auch die Broschüre Dr. Konrad Günthers „Erhaltet unserer Heimat die Vogelwelt", fordert, daß man dem im Aussterben begriffenen Uhu Schutz angedeihen läßt. Schon im Anfange des 19. Jahrhunderts wird festgestellt, daß der Uhu in vielen Gegenden Deutschlands ausgerottet war, nur im bayrischen Hochgebirge, im Forst von Ibenhorst, längs der polnischen Grenze trat der große Nachtraubvogel noch häufig auf. Jetzt sind auch dort die Bestände merklich zurückgegangen. Weit zahlreicher war der Bestand in Österreich-Ungarn, hauptsächlich in Böhmen. Hier wurden noch ausweislich einer alten Schußliste im Jahre 1858 an 200 Uhus erlegt. Nunmehr ist auch in diesen Gebieten eine bedeutende Verringerung der Zahl eingetreten. Auch im Pfälzerwald, besonders in den schluchtenreichen Gebieten der Hochberge trat der Uhu früher sehr zahlreich auf und horstete in den kieferbewachsenen Felsen des Drachenfels. Jetzt ist längst kein Exemplar mehr zu sehen, und die Forstleute bemerken, daß auch sie seit vielen Jahren keinen „Auf" mehr gesichtet haben. Einige sehr schöne heimische ausgestopfte Exemplare besitzt der naturwissenschaftliche Verein der Pfalz, „Pollichia", in seiner Sammlung. Die Verhandlungen der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern 1906 erwähnen nur die Sichtung von drei Uhus im ganzen rechtsrheinischen Bayern (je ein Exemplar in Pottenstein, Eichendorf und Hauzenstein). Im Jahre 1908 wurden etwas mehr Uhus im rechtsrheinischen Bayern bemerkt, und zwar etwa zehn Stück. Doch ist diese Zahl immerhin so gering, daß man füglich von einem Aussterben des schönen Vogels sprechen darf. Da der Uhu für die Krähenhütten zum Anlocken der Raben und anderer Vögel gefangen wird, scheint auch dies den Bestand mehr und mehr zu verringern. Der Preis eines solchen Vogels ist etwa 50 Mk., und die Nachfrage ist sehr stark. Die Jäger, die keinen lebendigen Uhu erhalten können, begnügen sich mit ausgestopften Exemplaren oder Nachahmungen. Daß nun auch in Preußen mit dem Aussterben des „Aufs" gerechnet wird, beweist der Erlaß des Ministers. Wenn dieser Mahnung zu größter Schonung des Vogels streng nachgekommen wird, darf man hoffen, daß sich die Bestände etwas erholen, wie sich das ja bei dem fast sagenhaft gewordenen Schwarzspecht gezeigt hat. Dieser Vogel konnte sich dank der sorgfältigen Schonung durch das Forstpersonal wieder zu größerer Zahl vermehren und scheint sich wenigstens etwas den veränderten Waldverhältnissen anzupassen. So kann vielleicht auch der Uhu als Naturdenkmal erhalten werden.

Aus den Witzblättern.

Vielsagend. „Der Bader hat dir ja gestern einen Zahn gezogen. Wastl, hat's weh getan?" — „Da mußt an Bader fragen!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 42. Mittwoch, den 18. Oktober 1911.

Die musikalische Gasse.

Eine Wiener Schnurre von Alfred Herlinger.

Am 1. November 1910 erklärte ich mir mit großer Entschiedenheit, daß es so nicht mehr weitergehe. Über mir war ein Zimmerherr eingezogen, der ein angehender Klaviervirtuose war und von acht Uhr früh bis sechs Uhr abends mit Ausschluß einer kurzen Mittagspause eine sehr schwierige Etude einübte, immer eine und dieselbe Etude. Bei meinem nächsten Wohnungsnachbarn hatte sich über Nacht ein Zwillingspaar eingefunden, das gleichfalls den ganzen Tag gewaltig disponierte, ohne Mittagspause. Wofür mir weder die natürliche Schadenfreude noch auch die im Interesse des Staates warm zu begrüßende Tatsache, daß der bedauerliche Rückgang der Geburten auf unser Haus keine Anwendung gefunden hatte, einen ausreichenden Ersatz bot. Zum Überfluß hatte sich zu ebener Erde ein neues Kaffeehaus mit Damenkapelle und Damenbedienung etabliert, in dem die sangesfreudigen Stammgäste an die servierenden Damen allnächtlich die indiskrete und beharrlich wiederholte Frage richteten: „Sagen Sie geschwind, sind Sie das süße Kind, das mich angelacht gestern nacht?" Und diesen schicksalsschweren Augenblick hatte sich mein Hausherr ausgesucht, um mir eine Zuschrift zu senden, in der er mit vor Rührung zitternder Stimme und tiefem Bedauern erklärte, daß ihn die drohende Erhöhung der Wassergebühren zwinge, auch von mir die entsprechende Zinserhöhung von hundert Kronen zu verlangen. Das tiefe Bedauern und die ganze Begründung waren vorgedruckt; nur der mit Tinte eingefügte Betrag von hundert Kronen war eine Originalleistung meines Hausherrn.

Ich erklärte mir noch einmal mit aller Entschiedenheit, daß das nicht mehr zum Aushalten sei, und beschloß, unverzüglich zu handeln und diese Erklärung meiner Frau mitzuteilen. Ich berief sofort einen aus meiner Frau und mir bestehenden Familienrat zusammen, in dem mir nach alter Gewohnheit eine beratende Stimme zugestanden wurde, brachte in einer flammenden Anklagerede die neuesten Attentate gegen meine Nerven und meine Tasche vor und schloß mit dem Kriegsruf: „Wir werden kündigen!" Worauf meine Frau sagte: „Das ist ganz meine Meinung!" Und da die Meinung meiner Frau in unserem Eheleben bisher noch immer das Entscheidende gewesen ist, wurde denn auch sofort gekündigt, auf die Gefahr hin, daß uns der beleidigte Hausbesorger drei Monate lang nicht mehr mit seinem freundlichen Morgengruß auszeichnen werde. Was auch richtig eintraf. Meine Frau schloß den Familienrat und erklärte: „Du gehst jetzt und nimmst dir einen vierzehntägigen Urlaub und wirst Wohnung suchen gehen!" Gut. Ich ging, nahm mir einen vierzehntägigen Urlaub und ging Wohnung suchen.

Ich hätte ebensogut eine verlorene Geldbörse suchen können. Nach vierzehn Tagen hatte ich zwar Halsweh und eine hartnäckige Influenza und heftige Fußschmerzen, aber keine Wohnung. Worauf meine Frau in ihrer milden Weise bemerkte, daß ich vielleicht zur Schriftstellerei tauge, zu einer vernünftigen Sache aber ganz gewiß nicht zu brauchen sei. Sie werde, wie immer, selber nach dem Rechten sehen und sich auf die Wohnungssuche machen müssen. Aber da sei natürlich keine Rede davon, daß sie dabei auch täglich das Mittagessen kochen könne. Ich möge halt inzwischen im Gasthause zu Mittag essen. Schön. Nach weiteren vierzehn Tagen hatte ich einen Magenkatarrh und noch immer keine Wohnung. Meine Frau kam jeden Abend todmüde und zu Tode beleidigt nach Hause. Anfangs machte sie mir noch Vorwürfe, daß ich so dumm gewesen war und die schöne Wohnung ohne vernünftigen Grund gekündigt hatte. Später sprach sie überhaupt nicht mehr mit mir, aber ihr Gesicht redete Bände. Und eines schönen Tages kam sie mit einem Weinkrampf nach Hause. Sie hatte eine sehr nette Wohnung gefunden, die ihr zusagte, und wollte schon die Bedingungen vereinbaren. Da begann sie der verhandelnde Hausbesorger auszufragen. Ob sie Kinder habe. Nein. Und ob sie dafür garantieren könne, daß sie auch künftig keine Kinder bekommen werde? Es gebe solche Ehepaare, die kinderlos einziehen und dann heimtückischerweise dennoch Familie bekommen. Sein Hausherr sei ganz entschieden gegen Kinder, weil sie bloß Krawall machen und das Haus verunreinigen. So weit war der Hausbesorger in seinen interessanten Darlegungen gekommen. Dann aber ergriff meine Frau das Wort und ließ es nicht mehr los. Sie sprach zwei Stunden lang und beleuchtete die Gemeinheit des Hausbesorgers und seines Herrn gründlich und von allen Seiten. Und trug dem Hausbesorger auf, er möge ja nicht vergessen, das alles seinem Herrn auszurichten. Und dann bekam sie einen Weinkrampf und in drei Tagen eine Vorladung vor das Bezirksgericht in Strafsachen wegen Ehrenbeleidigung des kinderfeindlichen Hausherrn und seines Hausbesorgers.

An diesem Abend erklärte meine Frau, sie habe das Wohnungsuchen satt. Sie werde morgen zum letzenmal gehen und die erstbeste Wohnung aufnehmen, die wir halbwegs bezahlen können. Und dabei sprach sie sich in sehr despektierlicher Weise über meine finanzielle Leistungsfähigkeit aus. Dann gab sie mir den Auftrag, morgen gleichfalls Wohnung suchen zu gehen und irgend eine Wohnung aufzunehmen, die mir halbwegs passend erscheinen werde. Wobei sie meine Urteilsfähigkeit einer sehr harten Kritik unterzog. Sehr wohl. Am nächsten Tage gingen wir beide aus und kamen jedes mit einer frisch aufgenommenen und beangabten Wohnung nach Hause. Dann besah ich die Wohnung, die meine Frau ausgesucht hatte, und gab dem Hausbesorger ein reichliches Trinkgeld, damit er von dem Mietvertrag zurücktrete. Und meine Frau nahm einen Lokalaugenschein in der von mir aufgenommenen Wohnung vor und bewog den Hausbesorger durch eine ergiebige Bestechung, die Wohnung anderweitig zu vermieten. Die Freude, die beiden Wohnungen wieder losgeworden zu sein, kostete uns zweihundert Kronen; aber wie fanden, daß das Vergnügen nicht zu teuer bezahlt war. Zwei Tage lang sprach meine Frau nicht mehr vom Wohnungsuchen. Am dritten Tage aber teilte sie mir trocken und ohne jede schonende Vorbereitung mit, daß meine Schwiegermutter am Nachmittag ankommen werde, um bei uns zu bleiben, bis wir eine passende Wohnung gefunden haben. Das ist das Mittel, das meine Frau anwendet, um mich zu übermenschlichen Leistungen anzuspornen.

Meine Schwiegermutter begrüßte ihre Tochter sehr warm, mich sehr kühl. Sie fand, daß meine Frau sehr angegriffen aussehe, was allerdings kein Wunder sei, fragte mich vorwurfsvoll, ob ich denn meine Frau zugrunde richten wolle, und erklärte überhaupt, sie begreife nicht, wie ich, ein Mann . . . Meine Schwiegermutter hat überhaupt nie begreifen können, wie ich, ein Mann . . . was immer ich auch getan habe. Daran bin ich schon gewöhnt. Aber immerhin: Es dauerte keine drei Tage und ich hatte eine recht nette und preiswerte Wohnung gefunden. Die wirkliche Höhe des Zinses habe ich meiner Frau nie mitgeteilt. Schubertgasse Nr. 118, zweiter Stock ohne Mezzanin, mit Liftbenutzung, Badezimmer, Dienstbotenzimmer und ähnlichen Annehmlichkeiten. Auch meiner Frau gefiel die Wohnung recht gut; auch die stille, ableits vom Verkehr gelegene Gasse, und vor allem die vorteilhafte Lage. Es sei nämlich, sagte sie, in der Umgebung weit und breit kein Kaffeehaus. Meine Frau muß eben immer boshaft sein. Aber sie war doch sehr zufrieden. Anfang Februar zogen wir ein, meine Schwiegermutter zog von uns aus und ich erklärte feierlich, in der neuen Wohnung zu verbleiben, was immer kommen möge.

Und es kam. Als wir in die neue Wohnung einzogen, fanden wird einen gedruckten Wisch vor, in dem der neue Hausherr mit Bedauern erklärte, er sei wegen der eingetretenen Erhöhung der Wassergebühren gezwungen, einen Zuschlag von hundert Kronen zu dem vereinbarten Zins einzuheben. Das Bedauern und die Begründung waren vorgedruckt; nur der mit Tinte eingefügte Betrag von hundert Kronen war eine Originalleistung des Hausherrn. Und als mir der Schreck ob dieser Mitteilung heftig in die Glieder fuhr und ich den Aufzug benützen wollte, fand ich auch auf den Lift eine Mitteilung angeheftet, auf der es kurz hieß: „Außer Betrieb!" Dieser Zettel ist von dem Aufzug seither nicht mehr verschwunden, bis auf einen einzigen Tag, an dem der reparierende Mechaniker erklärte, man könne einen Versuch wagen. An diesem Tage bestieg ein alter asthmatischer Herr aus dem vierten Stockwerk den Aufzug und blieb einen hal-

ben Tag zwischen dem ersten und zweiten Stockwerk hängen, bis ihn die Feuerwehr herunterholte. Es war ein aufregender, aber erheiternder Vorfall, der die Nützlichkeit und Gesundheit des Stiegensteigens in überzeugender Weise dartat. Dann stellte es sich heraus, daß das Dienstbotenzimmer im Badezimmer untergebracht war — weil ja doch ohnedies niemand in der Nacht bade, meinte der Hausbesorger. Diese praktische Einrichtung scheiterte freilich an dem Umstand, daß sich unser Dienstmädchen beharrlich weigerte, in der Badewanne zu schlafen. Dienstmädchen sind schon einmal so. Übrigens warnte uns der Hausbesorger davor, den Gasofen im Badezimmer anzuzünden, weil er irgendwo undicht sei (wo, hatte der Mechaniker bisher nicht herausgebracht) und leicht explodieren könnte.

Die Annehmlichkeiten der neuen Wohnung waren bedenklich zusammengeschrumpft. Aber immerhin, ein Vorteil blieb: die Gasse war wirklich von jedem lärmenden Verkehr verschont und die Wohnung ideal ruhig. So trösteten wir uns bis zum ersten schönen Frühlingstag. Ahnungslos freute ich mich der jungen Sonnenpracht, öffnete weit die Fenster meines Arbeitszimmers und setzte mich behaglich an meinem Schreibtisch, um über einige Ideen von unerhörter Tiefe nachzudenken. Aber plötzlich wurde ich aus dem schönsten Halbschlummer auf sehr unliebsame Weise aufgestört. Aus einem offenen Parterrefenster des drüberen Hauses ertönte ein schreckliches schwindsüchtiges Keuchen, Husten und Räuspern, und dann begann eine heisere Stimme unverständliche Worte zu schreien, unterbrochen von dem Geklimper eines schwächlichen Klaviers. Ich glaubte zuerst, daß der biedere Schuster, zu dessen Wohnung das Fenster gehörte, einen plötzlichen Anfall von galoppierender Schwindsucht erlitten habe und in Todesnot sein Testament zum Fenster herausschreie. Als ich mich aber hinausbeugte, um die letzten Wünsche des Sterbenden deutlicher zu vernehmen, erblickte ich in der Tiefe des offenen Fensters einen jener ominösen Trichter, in denen Caruso und Girardie, Richard und Johann Strauß, Sang und Klang gegen mäßige Raten ins Haus geliefert werden. Und der brave Schuhmacher hatte in jener Menschenliebe, die nur den Eigentümern von Grammophonen eigen ist, seinen Apparat ins Fenster gestellt, damit die ganze Gasse sich mit ihm freue. Da konnte man nichts machen. Edison umbringen, würde heute nichts mehr nützen; und der Schuster meinte es ja eigentlich sehr gut. Schließlich die Popularisierung der Kunst, die Hebung des Volksgeschmacks . . .

Auch dieser schöne Gedanke sollte nicht zu Ende gedacht werden. Ein heftiges Tuten, nicht unähnlich dem Klange eines Nebelhorns, mischte sich in die fröhlich heiseren Töne des unermüdlichen Grammophons. Und als ich entsetzt nach dem Urheber dieses Geräusches spähte, erblickte ich in einem gleichfalls offenen Fenster des zweiten Stockwerks im Hause gegenüber einen jungen Burschen, der sich mit beiden Händen an eine riesige Trompete geklammert hatte und ebenso falsch wie sinnig den „Trompeter von Säkkingen" zu blasen versuchte. Und als ob sie nur auf das Signal gewartet hätten, begannen aus allen Häusern nah und fern Klaviere zu wimmern, Geigen zu kratzen, Flöten zu stöhnen: „Tannhäuser" und „Carmen", die Barkarole aus Hoffmanns Erzählungen", die „Lustige Witwe" und — wahrhaftig das „Gebet der Jungfrau". So musikalisch hatte ich mir auch in meinen schrecklichsten Träumen die Gasse, die den Namen des berühmten Tondichters trägt, nicht vorgestellt. Verzweifelt machte ich die Fenster zu, stopfte mir Watte in die Ohren, flüchtete auch in die verborgenste Ecke meiner Wohnung. Vergeblich. Die Jammertöne der gemarterten Instrumente verfolgten mich auch dahin, ließen mich nicht los, brachten mich zur Raserei. Die unsinnigsten Rachegedanken fielen mir ein. Ich wollte mir einen Revolver kaufen, wollte Plattenbrüder mieten, um mit Gewalt der Spielerei ein Ende zu machen.

Aber dann kam mir der rettende Einfall. Und die Nachbarn sahen mit Staunen, wie dieser Tage ein riesiger Kasten in meine Wohnung transportiert und bei den Fenstern eines Gassenzimmers aufgestellt wurde. Das war vor vier Tagen. Und vorgestern und gestern ist die musikalische Gasse wieder idial still gewesen, und kein Grammophon, kein Klavier störte die wonnige Ruhe. Mein Mittel hat gewirkt und ich empfehle es allen geplagten Mumenschen. Ich hatte mir ein fünfzigpferdiges Orchestrion gekauft und bei offenen Fenstern aufspielen lassen.

Das Land des Hungers und der Kinder.

Die entsetzlichen Nachrichten über die Hungersnöte und Überschwemmungen in China malen in lebendigen Farben die traurigen Verhältnisse, unter denen das übervölkerte Millionenreich leidet, denn diese Katastrophen sind ja nur der besonders schroffe Ausdruck der unerträglichen Zustände, die im Lande der Mitte herrschen. Die ganze grausige Furchtbarkeit des „Kampfes ums Dasein" in China enthüllt Professor Edward Roß in einem umfassenden Aufsatz des Century Magazines. Er geht von der Tatsache aus, daß der Reisende in zwei Dritteln von ganz China keinen Platz findet, um ein Zelt zu errichten. Nirgends gibt es Wegränder, nirgends Plätze, Weiden, Gärten, freies Feld, nicht einmal einen kleinen Vorgarten oder eine Kuhhürde. Außer der Dreschtenne ist jedes Fleckchen Erde ausgenutzt, muß etwas Ertrag spenden für die ewig hungrigen Mäuler, die um Nahrung bangen. China ist in einem gewissen Sinne bepflanzt „wie ein Garten", wobei jedes Fleckchen verwendet wird und jede Pflanze gehegt und gepflegt wie ein Kind. Aber wer mit dem Wort Garten ein Bild von Schönheit und Erquickung verbindet, der wird auf das bitterste enttäuscht. Nirgends wird man ein Stückchen Land sehen, das zum Vergnügen oder zur Erholung bestimmt wäre. Im harten Kampfe muß der Chinese seinem Boden alles abringen, was er nur hergeben kann, muß mit seinem Schweiß die Felder düngen, die durch die jahrhundertelange Bewirtschaftung erschöpft sind und nur noch widerwillig Frucht tragen. Ganz unglaublich sind die Kunstgriffe und Mühen, die der bezopfte Ackerbauer anwendet; die Felder werden terrassiert, die Bewässerung wird in der sorgfältigsten Weise vorgenommen; der Dünger gilt als ein kostbarer Schatz. Und doch reicht der Ertrag nicht hin und nicht her für die allzuvielen. So nimmt denn die gierige Jagd nach Nahrung die merkwürdigsten Formen an. Dinge, die die Söhne eines glücklichen Landes achtlos fortwerfen und für nicht eßbar halten, gelten als Leckerbissen. Die See wird nach eßbarem Zeug durchsucht; Seegras und Tang sind eine begehrte Speise; Muscheln, nicht größer als ein Fingernagel, wandern in ganzen Massen ins Land hinein, um verzehrt zu werden. Auf jeden Pilz, der nach einem Regen im Gras aufschießt, stürzt man sich gierig. Kartoffelstauden kommen roh und gekocht auf des armen Mannes Tisch. Nach allem Eßbaren spät unermüdlich der Blick des Chinesen; kein Gras und kein Halm entgeht ihm; die Rasenmücke an den Abhängen werden mit den Wurzeln ausgerissen und als Speise heimgetragen: Stroh und Häcksel müssen im Reiskessel rösten, wenn andere Nahrung fehlt. Die Blätter der Bäume liefern eine Ernte, die eifrig gesammelt wird; im Herbst ist das ganze Land so kahl und sauber, daß nirgends auf Weg und Steg, in Feld und Busch noch der geringste eßbare Gegenstand vorhanden ist. Die ganze Natur sieht der Chinese nur unter dem Gesichtspunkt seines Magens an. Einer, den Roß fragte, ob er nicht die malerischen Baumwipfel auf einem hohen Felsen bewundere, erwiderte: „Nein, wie kann etwas schön sein, wenn es so steil und hoch liegt, daß wir zu den Bäumen nicht zukönnen, um sie abzuhauen?" Bei solcher Form der Nahrungsmittel ist nun die chinesische Küche die merkwürdigste der Welt. Alles muß der Befriedigung des ewig hungrigen Magens dienen. Die Seidenwürmer werden gegessen, nachdem ihnen das Gespinst abgenommen ist. Eine Kuh oder ein Schwein, das eines natürlichen Todes gestorben ist, liefert begehrte Speise, ebenso Pferde, Affen, Maulesel und Kamele. In Kanton werden Ratten und Katzen, bereits zugerichtet, zum Verkauf angeboten. „Unser Bootsmann aß mit Gier Kopf, Füße und Eingeweide des Geflügels, die unser Koch wegwarf. Als der Gouverneur von Hongkong einst eine Untersuchung anstellte, was aus den Häuten der zahllosen geschlachteten Schweine würde, hörte er, daß aus ihnen ein „Leckerbissen" für die Chinesen bereitet wurde." Infolge dieser schlechten Ernährung sterben denn auch die Chinesen zahlreich und in jungen Jahren. Die Sterblichkeitsziffer beträgt 50 bis 60 pro Tausend. Und man begrüßt dieses Sterben als das einzige Mittel gegen die Übervölkerung. Ein Zollaufseher eines Hafens in Südchina, ein Fremder natürlich, den das Sterben von mehr als 10 000 Chinesen jeden Sommer an der Bubonenpest entsetzte, wollte Mittel dagegen anwenden, aber der Vertreter der chinesischen Regierung weigerte sich entschieden, etwas zu tun, weil es besser sei, die Leute würden schnell von der Pest dahingerafft, als stürben langsam aus Hunger. Die Gründe für diese ungeheure Übervölkerung Chinas sucht Roß in dem Wesen der chinesischen Familie. Als größte aller Sünden gilt es für den Chinesen, keine Nachkommenschaft zu haben. Stirbt einer ohne Söhne, dann müssen sein Geist und die Geister aller seiner Väter ruhelos und hungrig umherirren.

Deshalb ist das Hauptstreben eines jeden, möglichst viel Kinder zu haben, um diesem schrecklichen Schicksal nach dem Tode zu entgehen. Die Nachkommen werden also sehr rasch verheiratet, die Mädchen mit 16 bis 17, die Söhne spätestens

mit 20 Jahren. Wo bei uns nur drei Generationen sich entfalten, und es in China wenigstens vier. Die Sehnsucht nach Kindern ist die gewaltige Triebfeder, die in dem ganzen Leben der Millionen wirksam ist. Wer keine hat, adoptiert welche, und wem die eine Frau nicht genug gebiert, der nimmt sich Konkubinen, um diese einzige Gewähr für seine Ruhe nach dem Tode zu erhalten. Wie die Geburts-, so ist auch die Sterblichkeitsziffer der Kinder außerordentlich hoch. Da der Gebrauch von Milch in China unbekannt ist, muß das Kind, wenn es nicht von der Mutter genährt werden kann, zugrunde gehen. Ein Mädchen gilt überhaupt als Last, und so wird denn wenigstens eins von zehn sogleich bei der Geburt beiseite geschafft. Das drückt sich auch im Sprachgebrauch aus, indem ein Mann, der sagen will, ihm seien zwei Kinder gestorben, erklärt: „Ich bin von zwei Kindern befreit worden." Und trotzdem: überall Kinder, nackte kleine, schreiende Wesen, die in dem Staub herumkriechen, auf dieser Erde, die so karge und ungenügende Frucht spendet. Die Geburtsziffer beträgt in China durchschnittlich 55 bis 60 aufs Tausend, also dreimal so viel als die in Amerika. Vielleicht wird einmal die Zeit kommen, so schließt Roß, wo die Verehrung der Ahnen, das frühe Heiraten, die Leidenschaft für zahlreiche Familie und die niedere Stellung der Frau, diese Momente, die die Übervölkerung Chinas hervorrufen, ihren Einfluß verlieren. Aber vorläufig wird China noch weiter fortfahren, Menschen über Menschen hervorzubringen, und die Frage: „Was sollen wir mit den Chinesen tun?", die heute schon in Kalifornien, Australien, Kanada und Südafrika aufgeworfen ist, wird ein schwerwiegendes Weltproblem werden.

Für unsere Frauen.

Rückerstattung von Invalidenversicherungsbeiträgen an weibliche Versicherte.

Im Artikel 76 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung steht:

„Beiträge werden gemäß § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes nach dem 1. Januar 1912 nur dann erstattet, wenn der Antrag vor der Verkündigung der Reichsversicherungsordnung gestellt worden ist."

Der Artikel beleuchtet gar nicht übel die ganze moderne Gesetzesmacherei, wie man sie besonders bei der Entstehung der Reichsversicherungsordnung beobachten konnte. Zweck und Sinn hätte er für die Versicherten doch nur gehabt, wenn er geraume Zeit vor der Verkündigung der Reichsversicherungsordnung veröffentlicht worden wäre. Das geschah aber bekanntlich nicht, vielmehr wurde das Einführungsgesetz gleichzeitig mit der Reichsversicherungsordnung verkündet und den jungen Ehefrauen damit ohne weiteres der Weg abgeschnitten, Anträge auf Rückerstattung von Beiträgen stellen zu können. Jetzt hat man endlich eingesehen, daß die Bestimmung unhaltbar ist, denn die Landesversicherungsanstalt Brandenburg berichtet:

„daß nach einem Beschluß der Versicherungsanstalten auf der Dresdener Konferenz am 18. und 14. September 1911 auch nach dem 1. Januar 1912 alle Erstattungsanträge gemäß § 42 des Invalidenversicherungsgesetzes in der bisherigen Weise geprüft und erledigt werden, die bis zum 81. Dezember 1911 bei der zuständigen Behörde eingehen."

Weibliche Versicherte, die noch vor dem 1. Januar 1912 eine Ehe eingehen oder nach dem 1. Januar 1911 eine solche eingegangen sind und aus triftigen Gründen sich nicht weiterversichern wollen, seien deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß sie noch bis 81. Dezember 1911 Anträge auf Rückerstattung der Hälfte der Versicherungsbeiträge stellen können, wenn sie insgesamt mindestens 200 Wochenbeiträge geleistet haben.

„Herz heißt des Weibes Geist!"

Kennen die Genossen und Genossinnen den regierenden Oberbürgermeister Rösler-Schmalkalden? Nein. Dann ist es die höchste Zeit, daß sie seine Bekanntschaft machen. Auf der Versammlung des „Reichsverbandes deutsche Städte", der kürzlich in Berlin tagte, hat erwähnter Oberbürgermeister eine mächtige Rede geschwungen, in Gegenwart des Vortragenden Rates im Kultusministerium Geheimer Regierungsrat Dr. Engwer. Mit dieser Rede hat besagter Oberbürgermeister für ewige Zeiten seinen Namen der deutschen Frauenbewegung im besonderen und dem deutschen Schulwesen im allgemeinen mit glühendem Stempel aufgedrückt. Der Herr Oberbürgermeister von Schmalkalden sprach über: „Die Stellung der Kleinstädte zu den neuen Bestimmungen über das höhere Mädchenschulwesen". Bekanntlich segelt das Kultusministerium im tiefsten Fahrwasser der Reaktion, es sieht mit Entsetzen das Studium der Frauen anwachsen, und möchte am liebsten mittelalterliche Frauenschulen aus dem Boden stampfen, um den voranstürmenden Mädchen die Wege zu verlegen. Bedrängt und in die Enge getrieben, hat es sich eine Reform der höheren Mädchenschule schweren Herzens abgerungen, über die die Holzschuhe der Zeit hoffentlich recht bald feste hinwegtrampeln werden. Auf den Jammer der Volksmädchenschule, die schon mehr Armeleuteschule ist, soll hier heute gar nicht eingegangen werden. Genug, dem Herrn Oberbürgermeister ist die Reform der höheren Mädchenschule schon viel zu weitgehend, er verneint sie für die kleinen Städte, und sagte nach dem „B. T.": „In der Kleinstadt vereinigt die höhere Mädchenschule alle Mädchen der höheren Stände, bietet aber weit mehr, als das durchschnittliche Bildungsbedürfnis des weiblichen Geschlechts erheischt und als man von der gebildeten Frau heutzutage an Kenntnissen erwartet. Diese Schule sei zugeschnitten auf diejenigen Mädchen, die sich höheren wissenschaftlichen Frauenberufen zuwenden wollen. Das aber sei nur ein verschwindender Bruchteil der Schülerinnen. Aus ethischen Gründen sei es bedenklich, die allgemeine Bildung des weiblichen Geschlechts zu erweitern. Zwinge man die Frau, sich eine Fülle abstrakten Wissens anzueignen, so beraube man sie ihrer schönsten Reize. „Herz heißt des Weibes Geist! Wird sie unendlich lieben können, dürft Ihr getrost sie geistreich nennen!" Der größere Teil der Mädchen wird nach Veanlagung und Körperbeschaffenheit den Anforderungen des neuen Lehrplanes nicht gewachsen sein. Endlich muß eine Erhöhung des weiblichen Bildungsniveaus eine Erweiterung der männlichen Bildung zur Folge haben, während das Interesse der Volksgesundheit zum Gegenteil drängt. Die kleinen Städte sind den Anforderungen für die Qualifikation und Besoldung der Lehrkräfte an den höheren Mädchenschulen nicht gewachsen, der Fehlbetrag wird selbst bei staatlicher Unterstützung nicht unter 20 000 Mark bleiben. Es empfiehlt sich daher für die kleinen Städte, an die Umwandlung ihrer Töchterschulen in anerkannte höhere Mädchenschulen nur mit äußerster Vorsicht heranzugehen und den neuen Bestimmungen gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen, zumal bald eine „Reform der Reform" erwartet werden darf." Also sprach der Herr Oberbürgermeister von Schmalkalden.

Wo finden wir diese zarte Rücksichtnahme auf Veanlagung und Körperbeschaffenheit, wenn es sich um gelernte und ungelernte Arbeiterinnen handelt? Wenn die Mutterschaftsversicherung in Frage kommt? Aber sobald die höheren Berufe, die akademischen Berufe, die Schuldirektorstellungen, die Oberbürgermeisterstellungen für Frauen in Betracht kommen könnten, präsentiert die Reaktion die fadenscheinigsten Einwendungen. Nur keine höhere Berufe für die Frau! Um Gottes willen nicht! Da könnte sie mehr erschauen, als dem Nimbus der heutigen höhergestellten, degenerierten Männerwelt gut wäre, er könnte schwinden, schwinden . . . aus ethischem Empfinden! Die Besoldungsgelder der Lehrkräfte sollen nicht zu erschwingen sein? Nicht einmal bei staatlicher Unterstützung? Ei, da gebe der Staat doch lieber etwas weniger für Soldaten und Flotte und Luftschiffe und Denkmäler und Kirchen und Festessen und Pensionen und Ritterorden, und Gott weiß was alles aus. Dann könnten wir eine Musterschule aufbauen, um die uns alle Länder der Erde beneideten, die allen begabten und weniger begabten Kindern gerecht würde, unabhängig vom elterlichen Geldbeutel, einerlei ob Knabe oder Mädchen. Dann würde echte Volkswohlfahrt auferblühen und Deutschland würde, statt hinterher zu humpeln, den anderen Ländern auf dem Gebiet der Schule vorausmarschieren. Aber das sind natürlich Gedanken, die nur der Sozialismus verwirklichen kann, der trotz aller Oberbürgermeister von Schmalkaden, Steppke und Buxtehude mit der kultusministeriellen Volksverdummung aufräumen wird, sobald er das Staatsruder in die Hände bekommt.

Ein dänischer Regierungsvorschlag zur Unterstützung armer Witwen und ihrer Kinder.

Neben einer Reihe von Gesetzen, die dem Volke neue Lasten auferlegen, um weitere Mittel für den Militarismus aufzubringen, hat sich die dänische Regierung bei der Eröffnung des Reichstages veranlaßt gesehen, auch einen sozialen Gesetzentwurf einzubringen, durch den den armen Witwen und Witwern aus öffentlichen Mitteln ein Beitrag zum Unterhalt und zur Erziehung ihrer Kinder zuteil werden soll. Wie alle sozialen Gesetzentwürfe ist auch dieser auf die dünne